

Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V. (Berlin)

Berlin, März 2009

59. Jahrgang, Nr. 677

Wahlprüfsteine: Höhere Ehrenpension und deutliche Aussagen erwünscht VOS-Bundesvorstand legt Parteien einen Katalog mit konkreten Forderungen vor

(CW/BV) Eingehend befasste sich der Bundesvorstand der VOS mit der bevorstehenden Bundestagswahl und unseren Forderungen an die zur Wahl stehenden Parteien. Im Vordergrund standen für den Vorstand die wichtigsten Probleme, die einer Lösung harren. Es war und ist nicht möglich, alle Anliegen in einen Forderungskatalog einzubringen, weil dies jeden vernünftigen Rahmen sprengen würde.

Einstimmig wurde daher beschlossen:

Versöhnung überfällig

Zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer ist eine nationale Versöhnung dringend notwendig. Diese Versöhnung kann nach unserer Auffassung nur eingeleitet werden, wenn die Gesellschaft, vertreten durch den Staat und der diesen tragenden Parteien, die Leiden der Verfolgten der Diktaturen in Deutschland aus dem Zwielficht widerstreitender und oft parteipolitischer Interessen löst und unzweideutig anerkennt.

Ehrenrente für politisch Verfolgte

Diese Anerkennung drückt sich einerseits in der Zahlung einer angemessenen „Ehrenrente“ für ehemals politisch Verfolgte beider Diktaturen aus, zu denen ehemalige aus politischen Gründen zu Unrecht Inhaftierte, Zersetzungsoffer im schulischen und beruflichen Bereich, Opfer der politisch bedingten missbräuchlichen Psychiatrie und Opfer willkürlicher, weil politisch bedingter Enteignungen gehören.

Die „Ehrenrente“ hat sich an den Bedingungen und Maßstäben für die gleichnamige Rente nach dem Bundesministergesetz für Angehörige der letzten DDR-Regierung zu orientieren, ist mithin dynamisch gestaltet und auf Ehepartner im Falle des Todes vererbbar. Auch die Kapitalentschädigung für erlittenes Unrecht ist entsprechend zu gestalten, damit die Vererbbarkeit an überlebende Ehegatten sichergestellt ist.

Der Begriff „Politisch Verfolgter“ ist zu definieren

Der Begriff „Politisch Verfolgter einer Diktatur in Deutschland“ ist eindeutig zu definieren, um einen Missbrauch auszuschließen.

„Psychische Folter“ muss im Strafrecht verankert werden

Der Begriff „Psychische Folter“ ist im Strafrecht zu verankern und zu definieren, um entsprechende Ansprüche aus diesem Straftatbestand wirksam verfolgen zu können.

Beweislastumkehr im Entschädigungsrecht

Im Entschädigungsrecht für aus politischen, rechtsstaatlich nicht zu vertretenden Gründen gesundheitlich geschädigte Personen ist die sogenannte Beweislastumkehr rechtlich zu verankern. Dies wurde zwar im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD im Jahre 2005 vereinbart, aber bisher nicht umgesetzt.

Verurteilung der Folter als Mittel staatlicher Gewalt

Die Erklärung des Europarates zur Verurteilung der Folter als Mittel der Durchsetzung staatlicher Gewalt ist umgehend zu ratifizieren bzw. in die deutsche Gesetzgebung zu integrieren.

Leugnung von Diktatur-Verbrechen

Die Leugnung von Verbrechen durch Diktaturen (Nationalsozialismus und Kommunismus) ist unter Strafe zu stellen. Die rechtliche Bevorzugung einer Diktatur in der Beurteilung solcher Verbrechen setzt die Verfolgten einer anderen Diktatur neuem Unrecht aus und setzt deren Leiden aus politischer Verfolgung untragbarer Verhöhnung und Herabsetzung aus.

Der Bundesvorstand wird diese Wahlprüfsteine allen Parteien zustellen, die sich an der Wahl zum Deutschen Bundestag beteiligen, soweit diese bereits im jetzigen Bundestag vertreten sind. Wir werden in der Freiheitsglocke die jeweiligen Antworten veröffentlichen und zur Diskussion stellen.

Der VOS-Bundesvorstand, März 2009

**Johannes Rink, Carl-Wolfgang Holzapfel
Hugo Diederich**

Anm. d. Res.: Wahlprüfsteine wurden auch schon vor anderen Wahlen an die Parteien verschickt und – mit unterschiedlicher Aussagekraft – beantwortet.

Immer wieder erreichen mich per Telefon oder in Briefen die Berichte von älteren Kameraden, die sich mit den Erlebnissen der Haft und den damit verbundenen Ängsten und Leiden auseinandersetzen. Viele Anrufer sind älter als achtzig, sie sind trotzdem körperlich fit und geistig rege, und dennoch setzen jetzt im Alter die traumatischen Erinnerungen besonders intensiv ein und lassen die Betroffenen nicht zur Ruhe kommen.

Neben der Tatsache, das Erlebte bis heute nicht endgültig verarbeitet zu haben, werden viele von der Frage gequält, ob sich denn für die Schicksale der Kommunismus-Opfer überhaupt noch jemand interessiert und ob alles, was sich in den Untersuchungshaftanstalten, den Folterkellern und den Speziallagern abspielte, in zehn oder zwanzig Jahren nicht schon in Vergessenheit geraten sein könnte oder den endgültigen Falschdarstellungen der Linken ausgeliefert sein wird. Angesichts der Hysterie, die in unserer heutigen Gesellschaft bei fürchterlichen Amokläufen, aber auch bei künstlich inszenierten Fernseh-Spektakeln wie „Dschungelcamp“ und penetranten Model-Shows entsteht, muss man in der Tat befürchten, dass die Werte und Erinnerungen, die es zu bewahren gilt, kaum noch Bedeutung haben. So schwer und ungerecht die Behandlung der Opfer damals gewesen ist, so wird sie, je

weniger wir noch darüber mit jüngeren Leuten reden, im Wahrheitsgehalt eher angezweifelt oder mit der Floskel abgetan „nach 1945, das waren doch alles Nazis, die eingesperrt oder umgebracht wurden.“

Wenn wir gegen derartige Tendenzen nicht angehen, wird in der Tat alsbald nicht viel von der wahren Geschichtsschreibung bleiben. Dann werden auch wir als VOS nicht mehr unserem eigenen Auftrag gerecht, die kommunistische Diktatur in ihrer Schrecklichkeit zu brandmarken und das Gedenken an jene zu wahren, die uns mit dem Motto der Festschrift „Vergesst uns nicht, wenn auch die Jahre ziehen und die Tage“ eine anhaltende Gewissenspflicht auferlegt haben.

Auf ein Wort des Redakteurs

In diesem Zusammenhang sei noch einmal daran erinnert, dass die VOS selbst beabsichtigt, eine Zeitzeugen-Dokumentation herzustellen. Es ist vorgesehen, einzelne Kameraden vor laufender Kamera von ihrem Schicksal, ihren Erlebnissen berichten zu lassen. Damit wären zunächst die primären Dokumente gesichert. Ob man die Mitschnitte später im Fernsehen ausstrahlen kann oder als Buch-Veröffentlichung auflegt, kann in Ruhe entschieden werden.

Wichtig ist, dass wir nicht mehr lange damit warten. Bereits die noch

relativ kurz zurückliegende Epoche der DDR und ihrer Stasi-Verbrechen droht der Vergessenheit anheim zu fallen. Wie uns der besorgniserregende Fall unseres Kameraden Fritz Schaarschmidt lehrt, ist es schon nicht mehr statthaft, die Namen von früheren Behördenmitarbeitern zu nennen und ihr Mitwirken bei politisch-ideologisch motivierten Entscheidungen, die letztlich menschenrechtsverletzenden Charakter tragen, zu schildern.

Für Fritz Schaarschmidt hat sich – für viele von uns überraschend – in der Berufungsverhandlung in Augsburg inzwischen eine erdrückende Situation ergeben, da ihm durch die Niederlage vor Gericht sämtliche Kosten aufgebürdet wurden. Will er nun den Gang in eine höhere Instanz wagen, wird sich die bisherige Summe von gut 5.000 Euro merklich erhöhen, was für ihn nicht mehr tragbar ist. Daher sei auch an dieser Stelle appelliert, ihn durch eine Spende zu unterstützen. Letztlich geht es nicht nur um den Einzelfall, sondern hier soll ein Grundsatz-Urteil erreicht werden. Ginge dies zu Gunsten des früheren DDR-Schulinspektors aus, wäre es für alle Medien und Privatpersonen verboten, jeden an irgendeiner unrechtmäßigen Sache beteiligten Verantwortlichen des einstigen SED-Staates beim Namen zu nennen.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

Bundsvorstand mit neuem Schwung

cw – Im Herbst letzten Jahres wurde bekanntlich ein neuer Bundsvorstand gewählt. Auf seiner ersten regulären Sitzung gab er sich eine neue Geschäftsordnung, die u.a. die Zuständigkeiten im Vorstand regelt und damit den Mitgliedern ohne große Umwege direkte Ansprechpartner benennt.

So nimmt Johannes Rink in erster Linie Führungs- und repräsentative Aufgaben nach innen und außen wahr. Carl-Wolfgang Holzapfel wird zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit und verantwortlich für Presse-Arbeit, den Internet-Auftritt und das Vereinsorgan „Freiheitsglocke“. Hugo Diederich bleibt zuständig für die Verwaltung, Organisation und das Finanzwesen.

Auch der Redaktionsausschuss für die Freiheitsglocke wurde neu bestimmt: Carl-Wolfgang Holzapfel, Wolfgang Stiehl, Ronald Lässig und Alexander Richter. Edda Schönerherz, Alex Latotzky und Frieder Weißer scheidet aus.

Der Vorstand wird regelmäßig mindestens einmal im Quartal tagen, sodass die Gliederungen unseres Verbandes wie die Mitglieder die Möglichkeit haben, Anregungen, die einer Entscheidung bedürfen, zeitnah an den Vorstand heranzutragen.

Selbstverständlich bleibt das Recht jedes Mitgliedes unberührt, sich jederzeit an einzelne Vorstandsmitglieder oder den gesamten Vorstand zu wenden, zu dem ja auch unsere vier Beisitzer gehören.

Vorstand legt „Unterstützungskonto“ an

cw – Der Bundsvorstand befasste sich eingehend mit der Frage operativer Unterstützung der Mitglieder in rechtlichen Auseinandersetzungen. Einstimmig wurde auf der letzten Sitzung die Einrichtung eines Sonderkontos beschlossen, um aktuell Spenden für den Prozess „Schaarschmidt“ zu sammeln. Laut J. Rink sei dieses Verfahren für alle ähnlichen rechtlichen Auseinandersetzungen „von grundsätzlicher Bedeutung“ gewesen, daher sei eine Unterstützung durch unseren Verband dringend erforderlich. Da aber unsere eigenen finanziellen Mittel begrenzt sind, kann die VOS nur eine „Startsumme“ zur Verfügung stellen. Kamerad Schaarschmidt hatte Prozesskosten von 5.000 Euro zu verkraften. Ein Rechtszug vor dem Bundesgerichtshof mit weiteren Kosten von 5.000 Euro, im Falle des Scheiterns mit gesamt 10.000 Euro ist finanziell nicht möglich. In unserem Staat stehen dem Bürger zwar theoretisch alle Rechtsmittel zur Verfügung, gleichwohl muss er oft auf diese verzichten, wenn er dafür keine Geldmittel aufbringen kann. „Kein Titel ohne Mittel“, das ist die Schattenseite dieses Systems. Um dem Kameraden wenigstens bei der Begleichung der bisherigen Kosten beispringen zu können, bitten wir dringend um Spenden auf unser Sonderkonto:

**78 665 305 bei Postbank Hannover BLZ 250 100 30
Kennwort: „Schaarschmidt“**

In dieser Ausgabe:

Titelseite:

VOS-Bundesvorstand nimmt Fahrt auf

Redaktionsthema:

Zeitzeugenberichte müssen festgehalten werden 2

Mitteilungen des Bundesvorstandes 2

Der Politiker zwischen Baum und Borke

Zwei Meinungen zum Zeitungsinterview
mit Bodo Ramelow von der Linken 4

Haftschicksale gesucht 5

Der MAULKORBERLASS von Augsburg

Die Rolle der Justiz in der Geschichtsaufarbeitung 6

Drei Jahre Zuchthaus haben nicht überzeugt
Jörg Petzold erinnert sich an „seine“ DDR 7

Knast ohne Urteil soll einträglicher werden
Höhere Haftentschädigungen greifbar 7

Die SED-Millionen sind nun eingetroffen
Aufteilung ist aber noch unklar 8

Satzungsänderung empfohlen 8

**Rückblick 1989: Noch im März mit dem
Ballon über die Mauer und doch in den Tod**
Das tragische Ende einer Flucht 9

Betrachtung der eigenen Geschichte
Bezirksgruppe Leipzig schöpft aus Vergleich mit
Vergangenheit neues Selbstbewusstsein 10

Streitfall Rosa Luxemburg
Humanistin oder Extremistin? 11

Ehrenpension für Gewaltverbrecher?
Schmökel hat wegen Republikflucht gegessen 12

Gemeinsam über Ungarn abgehauen
Die Buchvorstellung in der Fg 12

Der qualvolle Tod im Gelben Elend
Hans Corbat bestätigt Bericht über Siegfried
Mingramms Sterben und nennt Ursachen 14

Der Demokratie verpflichtet
Ausschnitte aus der Rede zur Verleihung des
Bundesverdienstordens an Hans Corbat 15

- Termine 5, 16
- Bezirksgruppen 9
- Leserbrief 12
- Suchmeldung 12
- Verstorbene 5, 12, 15
- Mitteilungen 9, 13, 16
- Impressum 16



Interessantes aus der VOS-Bezirksgruppe Leipzig förderten Rosemarie Studera (Foto), Reiner Schenk und Thilo Scheibe aus ihrem Archiv zutage. Zugleich zogen sie Bilanz zur gegenwärtigen Arbeit der VOS und zum Stand des Jahres 1996 (Seite 10) (Foto: A.R.)

Spender für die VOS

Horst Ahrens, Herbert Jacob, Monika und Lothar Hornuf, Manfred Hellwig, Helmut Kirchhof, Helmut Günther, Sigrid und Eckhard Schulz, Karin und Jürgen Weisbach, Ursula und Heinrich Werner, Joachim Lummitsch, Waltraud und Georg Dammköhler, Fritz Schöne, Friderun und Egon Seel, Frank Czeszynski, Gerhard Herrmann, Peter Schneeweiß, Inge und Walter Edelstein, Karla und Kurt Dietz, Uwe Malcharek, Hanni und Manfred Peter, Ulfred Ullmann, Ingetraud Schwenn, Manfred Fenner, Hermann Jauch, Margarete und Albin Lichy, Melanie und Walter Granse, Sieglinde und Rainer Buchwald, Waltraud Willing, Hans-Dietrich Kickbusch, Rosemarie und Erich Marzahn, Walter Uecker, Werner Teuchert, Rudolf Koschek, Dr. Wolfgang Mayer, Heinz Holtschke, Jürgen Fuhrmann, Sigrid Seime, Bezirksgruppe Köln, Margarete Voigt, Bernd Gutermuth

Allen Spenderinnen und Spendern ein herzliches Dankeschön. Jede Spende trägt bei, die VOS zu erhalten

Umzug – neue Anschrift

VOS-Bezirksgruppe Chemnitz - Hohenstein-Ernstthal – Stollberg ist umgezogen. Die neue Anschrift lautet:

VOS-Chemnitz (Bürgerhaus)

Müllerstraße 12

09 113 Chemnitz

Tel.: 0371/449277

Nächste Veranstaltung: Gedenkfeier am 17. Juni 11:00 Uhr an der U-Haftanstalt auf dem Kaßberg.

Rückmeldung an obenstehende Anschrift mit vollem Namen und Geburtsdatum erbeten.

Bitte beachten!

Neue Anschrift und Telefon-Nummer

Die Landesgeschäftsstelle der
VOS Sachsen und die Bezirksgruppe Leipzig

Künftig zu erreichen unter:

Engelsdorfer Str. 345 in 04 319 Leipzig

Tel.-Nr. 0341 65 23 144

Geschäftszeiten:

VOS-Landesgeschäftsstelle:

Montag 10.00 bis 14.00 Uhr

Bezirksgruppe Leipzig:

Dienstag 13.00 bis 15.00 Uhr

„Für mich war die DDR kein Unrechtsstaat“

Stellvertretender VOS-Vorsitzender nimmt Stellung zum Interview des Linke-Politikers

Ich verstehe ja viele Kapriolen von Politikern, die immer zwischen Baum und Borke, zwischen Wahrheit und Wähler jonglieren müssen. Aber muss man deswegen Tatsachen verdrehen? Diverse Zuchthäuser Ihrer DDR waren mit Menschen belegt, die aus rein politisch motivierten Gründen bittere Jahre der Unfreiheit unter oft unmenschlichen Bedingungen hinter Gittern verbringen mussten.

Eine bisher noch nicht in der Höhe gänzlich erfasste Anzahl von Menschen ist im Zuge der Teilung Deutschlands an Mauer und Stacheldraht mutwillig, weil auf Befehl, erschossen worden, kam durch Minen, mitten in Deutschland verlegt, und durch mörderische Selbstschussanlagen ums Leben.

Zehntausende Menschen sind wie weiland die Sklaven an den kapitalistischen Feind verkauft worden, um sich an ihnen zu bereichern.

Im gleichen Atemzug (des Interviews) haben Sie dann angemerkt, die DDR sei auch kein Rechtsstaat gewesen. Wie denn nun? Ein bisschen Rechtsstaat, ein bisschen Unrechtsstaat, ein bisschen aus der Mitten?

Ich kann mir vorstellen, Sie wollten eigentlich nur in das bei Ihren Wählern beliebte Horn stoßen: Die DDR war auch lebenswert (nun sagen Sie bitte nicht „liebenswert“), sie war Heimat für viele, Lebensmittelpunkt (nun sagen Sie bitte nicht „der Gerechtigkeit“) etc. Würden Sie das ernstlich so verbreiten wollen und dann noch den Anspruch erheben, ernst genommen zu werden?

War nicht jede Diktatur, auch die eines Hitler oder eines Stalin (um nur die zwei der größten Verbrecher zu benennen und keineswegs z. B. Mao Tsetung oder Pol Pot auszuschließen) für viele Menschen auch Lebensmittelpunkt, Heimat etc.? Sagt diese Banalität etwas über

die Qualität eines brutalen Systems aus? Müssen nicht auch Sie unterscheiden zwischen den sogenannten „Selbstverständlichkeiten des Lebens“ und den Verbrechen gegen das eigene Volk oder andere Völker? Wo wollen Sie geschichtliche Wahrheiten unterbringen? In den Träumen unverbesserlicher Verharmloser einer nicht zu verharmlosenden Diktatur? Wollen Sie sich auf diese Weise gemein machen mit jenen, die auch heute noch die Verbrechen Hitlers, gar den Holocaust leugnen? Würden Sie in diesem Sinn auch den Holocaust in der Ukraine (damals noch Stalins UdSSR), in Kambodscha und anderswo leugnen wollen? Das verbrecherische System des Gulag? Die Fortführung von Hitlerschen KZ nach 1945 in der damaligen SBZ? Die Einrichtung einer neuen GESTAPO durch die von Ihnen vehement verteidigte DDR? Sicherlich doch nicht, oder? Warum leugnen Sie dann weiter so beharrlich die historisch belegten Verbrechen der DDR? Oder wollten Sie nur die DDR von diesen Verbrechen freisprechen, weil dafür einzig die SED zuständig war?

Glauben Sie, dass man in dieser Art und Weise Geschichte verharmlosen, gar verniedlichen kann? Wollen Sie mit dieser Haltung wirklich und allen Ernstes den Wählern in Thüringen empfehlen, Sie mit dieser Haltung gar zum Ministerpräsidenten zu erwählen?

Verstehen Sie mich bitte richtig: Mir geht es hier nicht um parteipolitische Spielchen. Dafür bin ich mittlerweile bekannt und dazu ist mir die ganze Angelegenheit zu ernst. Auch Sie sollten die Vergangenheit wie die Zukunft unseres Landes sehr ernst nehmen, meinen Sie nicht?

In diesem Sinn ein erschütterter Bürger dieses erschütterten Landes.
*Carl-Wolfgang Holzapfel**

Entschuldigungen und Erklärungen – doch Schönreden macht nichts besser

Am 28. Februar veröffentlichte die Südthüringer Zeitung ein ausführliches Interview mit dem Thüringer Linke-Spitzenkandidat für die anstehende Landtagswahl. Ramelow war hier zu seiner Meinung zur DDR, aber auch zur Person des letzten SED-Sekretärs Egon Krenz befragt worden. Das Interview erregte vor allem deshalb

öffentliches Aufsehen, weil es mit der Aussage „Die DDR war kein Unrechtsstaat“ überschrieben war. In dem Interview selbst kommt die-

se Äußerung jedoch nicht vor. Ramelow trifft zwar die Aussage „Die Grenze war legitim“, aber er relativiert sie zugleich, indem er erklärt „Die Mittel der Grenzsicherung waren es aus meiner Sicht nicht. Die martialische Härte dieser Grenze richtete sich am stärksten gegen die eigene Bevölkerung.“ An anderer Stelle des Interviews weist der Linke-Politiker darauf hin, dass „die DDR ein souveräner Staat in der Völkergemeinschaft war. Von den Olympischen Spielen bis zu allen internationalen Gremien war diese real existierende DDR vertreten.“ Die Anerkennung der DDR sei durch viele Kontakte westdeutscher Spitzenpolitiker untermauert worden. Voran nennt er Helmut Kohl, Franz-Josef Strauß oder Uwe Barschel. Man muss jedoch unterstreichen, dass es sich bei diesen Beziehungen teils um nicht offizielle Be-

suche handelte und vom Westen vor allem an der Zielstellung, menschliche Erleichterungen zu erreichen, gearbeitet wurde. Eine Anerkennung als Staat, so wie das Erich Honecker immer wieder forderte, verband sich damit nicht. Immerhin erinnert sich Herr Ramelow an eine gemeinsame Erklärung von SED und SPD, die je-

doch von westlicher Seite kein staatliches Dokument war. (Wir erinnern uns auch an jenes freundlich formulierte Schreiben,

das Gerhard Schröder noch kurze Zeit vor dem Zusammenbruch der DDR an Egon Krenz sandte und in dem er ihm viel Kraft für die bevorstehenden Wahlen wünschte. Es wurde in einer Broschüre veröffentlicht und auch in der Fg abgedruckt.) Bodo Ramelow verkündet in seinem Interview auch, dass sich die SED-PDS auf ihrem Parteitag im Jahr 1990 bei der Bevölkerung der DDR und später auch bei den Christinnen und Christen des Landes entschuldigt hätte. Mag sein, dass dies damals von manchem Bürger sogar ernst genommen wurde. Inzwischen erweist es sich mehr denn ja als Farce, denn – ausgenommen Günter Schabowski – wird man bei der Suche nach wirklich einsichtigen Politikern der DDR kaum noch fündig.

B. Thonn

Anm.: Der Wortlaut des Interviews ist im Internet zu finden.

Der Kommentar

Gesucht sind repräsentative Haftchicksale aus authentisch-individueller Sicht

„Häftlingsgesellschaft“ in der UHA des MfS „Roter Ochse“ Halle (Saale) sucht Betroffene

In Kooperation mit der Stiftung Aufarbeitung Berlin und dem Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt plant die Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) die Durchführung von Zeitzeugengesprächen. Bis Ende 2010 sollen repräsentativ Haftchicksale aus dem Bereich UHA des MfS Halle (1950 bis 1989) recherchiert werden. Die Arbeitsergebnisse fließen in die Bildungs- und Erinnerungsarbeit der Gedenkstätte ein. Sie sollen quasi aus authentisch-individueller Sicht zu einem kritischen Verständnis von Informationen über Haftalltag, Haftabläufe und Repressionsmechanismen in der Untersuchungshaft des MfS gerade für Schülerinnen und Schüler beitragen.

Es ist bekannt, dass eine Reihe ehemaliger MfS-Untersuchungsführer den eigenen Tätigkeitsbereich heute verklärt. Zu Unrecht, so ihr Fazit, fühlen sie sich als Täter einer Diktatur angeprangert und verweisen auf „Recht und Gesetz“ in der DDR, das auch für sie verbindliche Richtschnur gewesen sei. Über „Spezialbehandlungen“ z. B. in



Blick auf den Zellentrakt in der Gedenkstätte (Foto: Internet)

Wasserzellen, Dunkel- oder Arrestzellen sowie Wärme- und Kältezellen haben die einstigen Offiziere heute zumeist nur noch „Erinnerungslücken“ und weisen deren Realität empört von sich.

In zahlreichen Büchern und anderen öffentlichen Verlautbarungen wird die Tätigkeit des Geheimdienstes im Kampf gegen „feindlich-negative Elemente“ (das war die Sprache der Stasi!) nicht nur

verklärt, sondern vehement auf die Wechselfälle des Kalten Krieges reduziert. Einzelne bemühen staatliche Behörden, wie es heißt, zum Schutz ihrer Persönlichkeitsrechte. „Solidaritätsbekundungen“ im Kampf gegen die heutige Erinnerungspolitik im „Roten Ochsen“ werden über Internet abverlangt sowie rechtliche Schritte gegen die Präsentation von Ausstellungsinhalten angekündigt. Auf parteipolitischer Ebene erfahren derartige Aktionen eine Förderung durch DIE LINKE. Die Erinnerungen von Zeitzeugen, von politisch Inhaftierten in der DDR, werden darüber hinaus als „Wahnvorstellung“ abgetan und in psychologischer Perspektive diffamiert.

Das Projekt „Häftlingsgesellschaft im ‚Roten Ochsen‘ im Bereich der UHA des MfS von 1950 – 1989“ zielt auf die Individualität des politischen Häftlings ab, eingeordnet in regionale und überregionale politische Handlungsabläufe. Unter Berücksichtigung von relevanten Vernehmungsabläufen und der psychologischen Situation im MfS-UHA-

Bereich werden zugleich „operative Aspekte“ aus dem Arbeitsbereich der MfS-Abteilungen VIII (Beobachtung/Ermittlung) und IX (Untersuchungsabteilung) thematisiert.

Demokratie braucht Demokraten. Insofern haben Fragen nach den Menschenrechten vor allem in der Gegenwart höchste Relevanz. Bildungspolitische Reflexionen über die Häftlingsgesellschaft im „Roten Ochsen“ können in pädagogischer Perspektive dazu beitragen, die Menschenrechtsproblematik weiter zu hinterfragen und zu erhellen. Nicht zuletzt in diesem Kontext sind Zeitzeugenberichte eminent wichtig.

Mit der Bitte um vielfache Rückmeldung: André Gursky (Gedenkstättenleiter) Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (S.); Am Kirchtor 20 b; 06108 Halle

Häftlingstreffen in Halle/Saale

Das diesjährige Treffen „Geboren hinter Stacheldraht – Mütter und Kinder aus den Lagern und Gefängnissen der SBZ/DDR“ findet vom **19.06. bis 21.06.2009 in Halle (Saale) statt.**

Der voraussichtliche Veranstaltungsplan:

19.06.2009, 13-15:00 Uhr Anreise in Halle (Saale) Hotel Westfalia, Grenzstr. 56

16:00 Uhr Empfang der Oberbürgermeisterin im Stadthaus (Bürgerforum) und Filmbeitrag mit Podiumsgespräch mit Herrn Ruden, BLStU Sachsen-Anhalt. Danach evtl. Stadtbesichtigung.

20.06.2009 in der Gedenkstätte „Roter Ochse“

10:00 Uhr Buchlesung oder Podiumsgespräch mit Schülern und interessierten Bürgern.

14:00 Uhr Gedenkstättenführung durch Gedenkstättenleiter A. Gursky. Danach Sitzung/Besprechung über aktuelle Fragen

21.06.2009 Rundgang und Vortrag in der Außenstelle der LStu.

Auch wenn Ihr alle noch eine schriftliche Einladung bekommt, möchte ich Euch schon auf diesem Weg darüber informieren. Ihr könnt mir auch schon Eure Zu- oder Absage mitteilen.

Alex Latotzky und Waltraud Thiele

VOS-Landesgruppe Hessen/Rheinland-Pfalz trauert um Horst Sames

Mit großer Trauer erfuhren wir, dass unser Kamerad Horst Sames nach jahrelanger, tapfer ertragener Krankheit verstorben ist. Er war uns allen ein zuverlässiger, treuer Freund und aufrechter Kamerad, der sich als Vorstandsmitglied durch besondere Verdienste an der Entwicklung der Bezirksgruppe Mainz-Wiesbaden auszeichnete. Er wird immer mit großer Wertschätzung in unserer Erinnerung bleiben.

Den Angehörigen von Horst Sames möchten wir unsere herzlichste Anteilnahme und tiefempfundenes Beileid übermitteln.

Im Auftrag des Vorstandes der Landesgruppe Hessen/Rheinland-Pfalz *Gerd Franke*

Der Maulkorberlass von Augsburg

Der „Fall“ Fritz Schaarschmidt und das Bemühen um Recht und Gerechtigkeit

In der vorigen Fg-Ausgabe berichteten wir über die Entscheidung des Oberlandesgerichts in Augsburg zur Berufungsklage des früheren Schulinspektors aus Dresden gegen VOS-Kameraden Fritz Schaarschmidt. Demnach hatte das OLG das Urteil aus Erster Instanz aufgehoben und Fritz Schaarschmidt verboten, den Namen des Schulinspektors im Zusammenhang mit der Verweigerung der Oberschulzulassung der Tochter Schaarschmidts zu nennen. Nun steht die Frage, wird der Beklagte Schaarschmidt den Weg in eine weitere Gerichtsinstanz wagen.

Nicht nur bei Fritz Schaarschmidt sitzt der Schock nach dem Urteil von Augsburg tief. Die Niederlage, die er im Prozess um die Namensnennung – wider Erwarten – einstecken musste, wird in vielen Internetforen und auch in den Redaktionen der Zeitungen kommentiert und analysiert. Unverständnis und Ärger sind bei den Opfern von Stasi und SED zu beobachten, in den Medien werden nun kaum noch Namen von einstmaligen Verantwortlichen genannt. Die kritischen Zeitzeugen aus den Jahrzehnten der DDR-Diktatur fühlen sich in Sachen Geschichtsaufarbeitung behindert und zurückgeworfen, eine objektive und umfassende Betrachtung der Geschichte scheint nach dem Augsburger Urteil in zweiter Instanz längst nicht mehr möglich. Diese Art Rechtsprechung ähnelt einem mit Bedacht und Raffinesse verordneten Maulkorberlass, der auf breiter Ebene für Verwirrung und Einschüchterung gesorgt hat und nunmehr auch zwischen den SED-Opfern und den deutschen Justizorganen einen Puffer der Unnahbarkeit geschaffen hat.

In einem nach der Verhandlung abgegebenen Statement resümierte Fritz Schaarschmidt zum Ergebnis der Verhandlung verbittert: „Demzufolge ist hier die Kernaussage des Urteils vom 28.7.2008 ‚eine wahrheitsgemäße Schilderung eines Stückes Zeitgeschichte kann keine Persönlichkeitsverletzung darstellen‘ vom OLG München gekippt worden.“ Schaarschmidt weiter: „Die Mitarbeiter der Volksbildung werden auf der betreffenden Internetseite als verantwortliche ‚Kader‘ im Bildungswesen ... bezeichnet. Da diese Funktionäre im Zusammenhang mit dem Entzug der EOS-Delegierung und/oder unserer Eingaben an die Staatsorgane hier als ‚verantwortlich‘ bezeichnet werden, muss ein Nachweis gebracht werden, dass der Kläger ‚XYZ‘ als ‚Verantwortlicher‘ der Volksbildung beim Rat der Stadt Dresden gehandelt hat und was der Gegenstand der terminlich aufgeführten ‚Gespräche‘ gewesen ist. Auch wäre nicht klar ersichtlich, dass es sich bei den zitierten ‚Eingaben‘ an die Staatsorgane der DDR [durch Schaarschmidts] um die Maßnahme der Volksbildung Dresden gehandelt hätte ...“

Bereits vor der Gerichtsverhandlung wurden die Fernsightteams auf „den Fall“ aufmerksam. Wohl wissend, dass den Sendern bei Namensnennung des Klägers eine Geldbuße drohte, verschwieg man denselben durchweg, legte sich aber ansonsten im Sinne der realistischen Vergangenheitsbewältigung tüchtig ins Zeug. Dabei wurde freilich der Fehler gemacht, den Kläger, jenen Schulinspektor also, in einen Topf mit Offiziellen und Inoffiziellen MfS-Mitarbeitern zu werfen. Dies erweckt durchaus den Eindruck, Fritz Schaarschmidt, seine Frau und seine Tochter könnten durch Intrigen oder Spitzelberichte benachteiligt und gedemütigt worden sein. Dem ist nicht so, denn die Rücknahme der EOS-Zulassung erfolgte als rechtlicher Bescheid, der – im Gegensatz zu politischen Gerichtsurteilen – sogar beim

Empfänger verblieb. Dies heißt, dass hier ein Stück DDR-Recht, aus der Sicht der Schaarschmidts ein Stück Unrecht, zum Tragen kam. Jener Schulinspektor war dabei lediglich ausführendes Organ. Er könnte also hingehen und sich auf diese Konstellation berufen, zumal ein Inspektor im DDR-Staatsapparat wahrlich kein besonders hochgestellter Mitarbeiter war und diese Berufsebene nicht mal die SED-Mitgliedschaft voraussetzte.

Dass nun von Seiten des Gerichts auch noch angezweifelt wurde, ob denn die Abteilung Volksbildung, egal auf welcher Personalebene, die Ablehnung zu verantworten hatte, lässt aus Sicht der DDR-Opfer Sachkenntnis und Realitätssinn bezüglich des sozialistischen Systems missen und für alle weiteren Prozesse und Aufklärungsversuche dieser Art ganz düstere Zeiten befürchten. Wer, wenn nicht die Abteilung Volksbildung, die übrigens der Ministerin Margot Honecker unterstand, sollte den Ablehnungsbescheid denn ansonsten erstellt haben?

Zu hinterfragen bleibt aber auch der eigentliche Klagepunkt. Hat Fritz Schaarschmidt jenen Schulinspektor denn überhaupt als Verantwortlichen für die Rücknahme der EOS-Zulassung bezeichnet? Die Antwort lautet nein. Schaarschmidt hierzu: „Er [gemeint ist der Kläger – d. Red.] saß uns gegenüber, sagte uns die Meinung, dass wir politisch desorientiert sind, dass die Birgit negativ feindlich ist und dass damit alles beantwortet ist. Also, er hat zwar eine gewisse Beteiligung, aber er wurde auf meiner Website niemals als Schuldiger oder mit ehrverletzenden Behauptungen beworfen.“ Warum ist diese Argumentation nicht in Betracht gezogen worden? Auch der Kläger hätte sich den Wortlaut schon viel früher im Detail ansehen und dann vielleicht ganz einfach um eine Streichung des Namens aus dem Internet bitten können. Dabei hätte er die Möglichkeit gehabt, die Zusammenhänge, die natürlich rein politisch-diktatorischen Ursprungs waren, zu erklären.

Man darf hoffen, dass Fritz Schaarschmidt nun nicht aufgibt. Es sind genug in den Reihen der Opfer, die solidarisch mit ihm sind und die einen Erfolg in einer weiteren Revisionsverhandlung als ihren eigenen ansehen würden. Allerdings schlägt sich die Niederlage, die er jetzt erlitten hat, nicht nur moralischer nieder. Prozesse dieser Art werden von Instanz zu Instanz kostspieliger. Gerichtskosten, Anwaltsrechnungen ... Inzwischen sind rund 5.000 Euro angefallen, die für jemandem in der Situation von Schaarschmidt nicht ohne weiteres zu begleichen sind. Eine Fortführung des Prozesses würde weitere Kosten verursachen. Insofern ist es überlegenswert, ob der eine oder andere aus unseren Reihen nicht etwas Geld für eine Spende bereit hält.

Kamerad Schaarschmidt ist unter der Adresse Ahornweg 5, 86925 Fuchstal zu erreichen. Für jede Unterstützung ist er dankbar. Dr. Alwin Haug

Das Zitat:

Es hilft nichts, das Recht auf seiner Seite zu haben. Man muss auch mit der Justiz rechnen.

Dieter Hildebrandt, Kabarettist

Aus Willy-Brandt-Rufen wurden plötzlich Willi-Stoph-Rufe

Vor 39 Jahren besuchte Willy Brandt die DDR

Nicht einen einzigen Tag in der Geschichte erhielt diese Missgeburt „DDR“ ihre Legitimität von den dort lebenden Menschen. Ohne die sowjetischen Panzer, wäre dieses sonderbare Gebilde schon am 17. Juni 1953 verschwunden. Nur mit Lüge, brutaler Gewalt und Terror hat sich diese rote Diktatur vierzig Jahre an der Macht gehalten. Es gab aber immer mal Phasen, wo der Terror nicht so stark wirkte. 1965 wurde ich wegen Nachrichtenübermittlung zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach der Strafrechtsreform 1968, hätte ich dafür doppelt soviel bekommen. Drei Jahre Zuchthaus haben mich aber keineswegs überzeugt, diesen Unrechtsstaat plötzlich zu mögen.

Am 19. März 1970 stand ich mit Tausenden, in Erfurt vor dem Hauptbahnhof, um den Kanzler Willy Brandt ans Fenster zu rufen. Die Stasi fotografierte intensiv aus den umliegenden Häusern. Die Anfahrt nach Erfurt wurde schon von der VP registriert. Kurz vor Ankunft des Kanzlers versuchte man links vom Ausgang des Bahnhof einen Straßenbahnzug zwischen Vorplatz und die Menschen zu schieben, aber der Protest war so stark, dass man die Bahn zurückzog. Am Abend wurden im Fernsehen aus den Willy-Brandt-Rufen plötzlich Willi-Stoph-Rufe. Die SED Machthaber hatten „Jubelperser“ auf den Bahnhofsvorplatz gekarrt. Der Preis war für diese Leute vielleicht ein Blechorden für besondere Verdienste oder 10 Ost-Mark. Für mich war ein Leben in dieser roten Diktatur unmöglich geworden, aber die Stasi hatte mich unter Kontrolle.

1970 leiteten die roten Schergen einen erneuten Operativen Vorgang (OV) gegen mich ein. Ich wurde vorsichtig und wollte 1973 an die Ingenieurschule nach Berlin-Lichtenberg zum Studium. Daher schickte ich meinen Lebenslauf im Sommer 1973 dorthin, seitdem läuft meine Einschreibung. Ich habe nie wieder etwas von dort gehört.

Ich erlebte viele negative Höhepunkte im SED Staat; z.B. im Oktober 1965, als ich in Halle/Saale, nachts mit anderen Häftlingen aus dem Grotewohl Express getrieben wurde. Das unmenschliche Brüllen der Trapo (Transportpolizisten) oder SV-Angehörigen (Wachpersonal im Strafvollzug), habe ich noch heute im Ohr. Ein Mosaikstein nach dem anderen ergab letztendlich das ganze Bild des entsetzlichen SED Staates. 1975 wollte und konnte ich den Kommunismus der SED Genossen nicht mehr ertragen und suchte die Bundesdeutsche Vertretung in Ostberlin auf. Am 8. August 1975 erhielt ich die Freiheit. Welch eine Ironie des Schicksals, während 1944 noch unter mir in meinem Kinderwagen kommunistische Flugblätter transportiert wurden, welche gegen Hitler und den Krieg aufriefen, bin ich durch 40 Jahre „DDR“ zum Antikommunisten geworden. Wer heute die Kommunisten wählt, darf sich morgen nicht wundern, dass es ihm schlecht geht. Die kommunistische SED-Diktatur war ein Verbrechen an der Mehrzahl der Menschen, die diese erleben mussten.

Jörg Pelzold, Oberbayern

Rheinland-Pfalz beantragt höhere Sätze für zu Unrecht erlittene Haft

Bietet sich hier eine Chance für ehemalige politische Häftlinge aus SBZ und DDR?

Mit einem Gesetzesantrag vom 11. Februar 2009 schlägt der Landtag von Rheinland-Pfalz vor, die Entschädigung für zu Unrecht erlittene Freiheitsentziehung zu erhöhen. Statt bisher 11 Euro soll die Haftentschädigung künftig 25 Euro pro Hafttag betragen. Voraussetzung bleibt nach wie vor eine gerichtliche Feststellung, dass die erlittene Straf- oder Untersuchungshaft zu Unrecht geschehen ist. Mit dem Entwurf greift Rheinland-Pfalz eine Forderung der Justizministerkonferenz auf, die sich im Herbst letzten Jahres für eine entsprechende Anhebung ausgesprochen hatte.

Die Vorlage, unterzeichnet von Ministerpräsident Kurt Beck, war bei Redaktionsschluss der Fg noch nicht in den Fachausschüssen beraten worden. Der Landtag von Rheinland-Pfalz hatte jedoch darum gebeten, direkt in der Plenarsitzung über die Einbringung des Gesetzentwurfs beim Deutschen Bundestag zu entscheiden. Bislang galt – so sagt es der Antrag aus – für die Entschädigung einer zu Unrecht erfolgten Freiheitsentziehung von Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik Deutschland eine Regelung vom 8. März 1971 (BGBl. I S. 157), wobei gerichtlich festgestellte Bestätigung ausschlaggebend gewesen ist.

Seit Einführung des Euro wurde der ursprüngliche Entschädigungssatz von vormals 20 DM auf 11 Euro umgelegt, was eine leichte Aufrundung bedeutete. Nunmehr ist beantragt, eine Tagesentschädigung von 25 Euro zu gewähren. Die wäre pro Monat ein Satz 750 Euro und entspräche einer Erhöhung um etwa 350 Euro. Die Entschädigung, so heißt es in dem Antrag, erfasse nicht nur den Ersatz des Vermögensschadens, sondern daneben den Ersatz des immateriellen Schadens durch die in der Begründung festgelegte Pauschale. Sollte der Antrag in der Sitzung des Bundesrates eine Mehrheit finden, würde die neue Regelung über Entschädigungen vermutlich ab Mitte 2009 zur Anwendung kommen. Von einer rückwirkenden Anwendung wäre demnach nicht auszugehen. Letzteres würde jedoch gegenüber der Gruppe ehemaliger politischer Häftlinge des kommunistischen Regimes in der SBZ/DDR eine Ungerechtigkeit darstellen. Die diesen ehemaligen Häftlingen gewährte Entschädigung wurde erst in 2002 auf das Niveau der sonstigen zu Unrecht inhaftierten Bürger der damaligen Bundesrepublik angehoben. Die Opfer des Kommunismus waren demnach lange Zeit benachteiligt, egal, dass das Unrecht ihrer Verhaftung durch Rehabilitierung per Gerichtsentscheid festgestellt worden war. Ebenso war es eine Tatsache, dass die ehemaligen politischen Häftlinge des SED-Regimes ihre Haft unter weitaus schlimmeren Bedingungen erleben mussten als die in der Bundesrepublik zu Unrecht Inhaftierten, zu denen übrigens nach der Wiedervereinigung auch das Politbüro-Mitglied Stoph gehörte. (Stoph war in Untersuchungshaft genommen worden, das Verfahren gegen ihn wurde aber wegen seiner mangelnden Gesundheit niedergeschlagen.)

Die Frage muss daher erlaubt sein, ob in diesen Antrag nicht eine Zusatzklausel eingebracht werden kann, die eine nachträgliche Einbeziehung der Opfergruppen aus SBZ und DDR ermöglicht. Hier ist jedes VOS-Mitglied mit einem Schreiben an seinen zuständigen Wahlkreisabgeordneten gefragt.

Tom Haltern

Opferverbände dürfen bei Verteilung nicht ausgegrenzt werden

VOS-Bundesvorsitzender sorgt sich darum, dass das Geld untergehen könnte

Es hat mehr als 15 Jahre gedauert, ehe das letzte Gerichtsurteil ergangen und das Vermögen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands – zumindest ein Teil davon – nun in die Kassen der bundesdeutschen Haushalte fließen soll. Insgesamt sollen es 120 Millionen Euro sein, die aus Österreich nach Deutschland überwiesen und zu gemeinnützigen Zwecken verwendet werden müssen. Das Geld hat sich seit 1992 bei der Kommunistischen Partei Österreichs befunden, wo es unter Verwaltung der Treuhänderin Rudolfine Steindling stand. Es war ursprünglich das Vermögen der aufgelösten DDR-Außenhandelsfirma Novum.

Die KPÖ und Frau Steindling hatten mehrere Gerichtsinstanzen angerufen, um die Mittel zurückhalten zu können. Nachdem in 2006 eine Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht abgewiesen worden war, ist für die Kläger ein Aufschub nicht mehr möglich, das Geld, das in Deutschland für gemeinnützige Zwecke zu verwenden ist, muss unweigerlich zurücküberwiesen und zusammen mit anderen ehemaligen SED-Geldern einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden.

Was besagte sinnvolle Nutzung angeht, besteht jedoch noch keine endgültige Klarheit. Es wird spekuliert und gemutmaßt, dass die Millionen in einen „großen Topf“ fließen und dann irgendwo versickern könnten. Diskussionen hierzu gab es zunächst in Sachsen-Anhalt, das letzten Presseberichten zufolge eine Summe von immerhin 25 Millionen Euro erhalten soll. Bis Mitte März war noch nicht entschieden, wie das Geld aufgeteilt werden und den Opfern unmittelbar zugute kommen könnte. So forderte die Landes-SPD die Finanzierung einer „Zukunftsstiftung“, während die CDU die Weiterleitung an die Gedenkstätten und die Opferverbände favorisiert. Doch egal, wie der Verfahrensweg verläuft, einig sind sich die Parteien, dass das Geld nicht in den großen Haushalt eingeht. Johannes Rink, Bundesvorsitzender der VOS vertritt diesbezüglich einen konsequenten Standpunkt. „Im Landeshaushalt gehen die Millionen nur unter, und wir haben nichts davon“, befürchtet er und fordert im Namen der Opferverbände, einen Anteil des Geldes für die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und für Baumaßnahmen an den Gedenkstätten Moritzplatz in Magdeburg einzusetzen. Die Version, die die SPD mit der Zukunftsstiftung ins Spiel gebracht hat, lehnen er und der VOS-Aktivist Wolfgang Stiehl ab. Durch die Zukunftsstiftung sollen Projekte von grundsätzlicher Bedeutung in Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung gefördert werden. Wollte man dann an das Geld kommen, müssten erst Anträge gestellt, bearbeitet und (möglicherweise abgelehnt) werden.

Die Magdeburger VOS-ler haben vor allem eine bauliche und gestalterische Sanierung der Gedenkstätte am Moritzplatz im Sinn. Die Gedenkstätte und das Dokumentationszentrum sind im Jubiläumsjahr des Mauerfalls besonders gefordert. Hier treten Zeitzeugen auf oder werden in Schulklassen oder an Pressestellen vermittelt. Aber auch vor Ort gibt es Begegnungen zwischen Zeitzeugen und Schulklassen. „Es fehlt überall an Geld“, bestätigt Kamerad Johannes Rink. An der baulichen Substanz ist seit der Wende wenig gemacht worden. Zugleich soll jedoch die Öffentlichkeitsarbeit, die ein wichtiger Teil der Vergangenheitsaufarbeitung ist, von

hier aus gesteuert und gestaltet werden. Ohne attraktive Räumlichkeiten kann man Schulklassen oder Touristen nicht anlocken. Ein Aspekt, der bisher wenig beachtet worden ist, ergibt sich aus der Mitarbeit von Zeitzeugen und freiwilligen Mitarbeitern. Auch für deren Wirken müssten mehr Mittel für Honorare und Fahrtkostenerstattung bereitgestellt werden. Oft gehen die Vortragenden leer aus oder müssen mit dem gezahlten Honorar ihr Fahrgeld bezahlen. Dr. Joachim Scherrieble, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, weist in dieser Hinsicht auch auf die Finanzierung von Ausstellungen hin. Allein die geplante Dauerausstellung beziffert er mit Kosten von mehr als 300.000 Euro.

Obwohl die Diskussion um die Verwendung und Aufteilung der Mittel noch nicht abgeschlossen ist, kann man doch die grundsätzliche Verfahrensweise als erfreulich bezeichnen. Ist es doch so, dass viele Stalinismus-Opfer gar nicht mehr mit dem Auftauchen der SED-Millionen gerechnet haben. Nun, da man tatsächlich eines Teiles habhaft geworden ist, wollen die Politiker Ernst machen und sie im Sinne der SED-Opfer verwenden. Damit wird Wort gehalten, und das werden jene, die es angeht, auch zu schätzen wissen. *B. Thonn*

Generalversammlung: Satzungsänderung empfohlen

cw – Die VOS als *Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge* stößt schon seit längerer Zeit an die Grenzen ihres Selbstverständnisses. Hatte diese Namensgebung zur Zeit der Gründung ihre Berechtigung, so setzt sich die VOS schon seit Jahrzehnten auch für die sonstigen Verfolgten der zweiten deutschen Diktatur im zwanzigsten Jahrhundert ein. Daher empfiehlt der Vorstand der nächsten Generalversammlung eine Korrektur: Die Versammlung soll nach diesem Vorschlag beschließen, den Namen *Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge* in *Gemeinschaft ehemaliger politischer Verfolgter* umzubenennen. Damit wird die VOS auch für Kameraden als Vertretungs-Organ ihrer Interessen anziehend, die zwar nicht in politisch motivierter Haft einsaßen, aber psychisch gefoltert, beruflich verfolgt oder mit anderen Mitteln aus politischen Gründen zersetzt wurden. Eine breite Diskussion fand auch um den vielfach kritisierten Passus in der Satzung statt allerdings, der eine „Ausnahmeregelung“ für ehemalige Angehörige der Staatssicherheit vorsah. Nach einhelliger Meinung des jetzigen Bundesvorstandes hat die alte Fassung zu zahlreichen und nachvollziehbaren Missverständnissen innerhalb und außerhalb unseres Verbandes geführt. Die Kritik an der vormaligen Satzungsänderung von 2006 wird insoweit als berechtigt anerkannt. Auch sei die Trennung einer Arbeit für das MfS von der Mitgliedschaft in politischen Parteien bei den Beurteilungskriterien sachlich, rechtlich und politisch begründet. Eine bloße Mitgliedschaft in einer politischen Partei kann nicht mit einer wie immer gearteten Zuarbeit für das MfS gleichgesetzt werden. Eine Einzelfallprüfung ist daher im Gegensatz zu sonstigen Anträgen auf Aufnahme gerechtfertigt, weil das Engagement in einer Partei der DDR-Diktatur eine besondere Verantwortung für oder Mitwirkung an geschehenem Unrecht nicht automatisch ausschließt. Daher ist eine Neuformulierung nach übereinstimmender Meinung des Vorstandes erforderlich. Er wird daher auf der nächsten Sitzung für die Generalversammlung einen entsprechenden Änderungsvorschlag verabschieden. **VOS-Bundesvorstand**

Drei ehemalige Workuta-Häftlinge trafen nach 40 Jahren aufeinander

Bei einem Treffen der „besonderen Art“ wurden viele Gemeinsamkeiten festgestellt

Die ehemaligen Leidensgefährten aus dem „Schacht 40“ des Zwangsarbeitslagers Workuta, Dr. Martin Hoffmann und Dr. Siegfried Steiger konnten sich in unsere Bezirksgruppen-Versammlung in Karlsruhe am 27. Februar 2009 nach fast 54 Jahren persönlich kennen lernen. Unser langjähriges Mitglied Dr. Hartwig (auch ehemaliger Workuta-Häftling) war ebenfalls anwesend.

Kamerad Hoffmann betreibt viel Öffentlichkeitsarbeit, auch durch die Presse. So erfuhr Dr. Steiger durch einen Zeitungsartikel von einem Kameraden, welcher das gleiche Schicksal hatte wie er selbst. Telefonischer Kontakt kam zustande, und beide freuten sich auf das persönliche Kennenlernen. Die Workutaner stellten nun fest, dass sie viele Gemeinsamkeiten haben. Alle drei stammen aus Sachsen, zwei von ihnen aus Dresden. Sie wurden Anfang der 50er Jahre vom NKWD zu hohen Haftstrafen verurteilt und nach Workuta verschleppt.

Im August 1955 erfolgte ihre Befreiung durch die Bemühungen von Bundeskanzler Adenauer. Dessen zähes Ringen in Verhandlungen mit den Sowjets brachte ihnen die Freiheit, und dafür spürt man noch heute die tief aus ihren Herzen kommende große Dankbarkeit.

Zur neuen Heimat wurde Baden-Württemberg. Alle drei nahmen ein Studium auf und erlangten die Promotion für Philosophie, Medizin bzw. Physik.

Den drei Workutanern wünsche ich alles Gute und Gesundheit für weitere Treffen in unseren VOS-Versammlungen.

Gisela Lotz (Text u. Foto)



Das Foto zeigt die Kameraden Dr. Siegfried Steiger (l.) und Martin Hoffmann bei ihrem Zusammentreffen.

Anm. d. Red.: Bundesvorstand und Redakteur schließen sich diesen guten Wünschen an und hoffen noch auf sehr viele Begegnungen dieser „besonderen Art“.

Als eine Art Dauermeldung kann man die immer wieder neu aufgelegte Forderung im Bundesland Brandenburg nach der Schaffung einer Stelle des Beauftragten für die Unterlagen des MfS ansehen. Nach wie vor ist Brandenburg das einzige Land ohne einen Beauftragten (wie es übrigens auch keine Überprüfungspflicht für Politiker auf frühere IM-Tätigkeit gibt. Neben dem Forum zur kritischen Aufarbeitung der DDR-Geschichte hat nun auch Innenminister Jörg Schönbohm die Forderung nach einer/einem Landesbeauftragten bekräftigt. Und zwar solle sie noch in dieser Legislaturperiode erfüllt werden.

Mit dem Ballon dem Tod entgegen

Der März 1989 brachte die SED-Regierung dem Untergang wieder ein Stück näher. Im Schutz der Kirche suchten Oppositionelle Anschluss zueinander und formierten aus den bereits in den Vorjahren gebildeten Keimzellen allmählich Widerstandsgruppen. Schwerpunkte waren das thüringische Jena und Leipzig, wo am 13. des Monats über hundert Menschen für Reisefreiheit in den Westen demonstrierten. Der Slogan Kirche im Sozialismus, der 1976 bereits Oskar Brüsewitz zum Verhängnis geworden war, wurde nun offen von evangelischen Bischöfen angezweifelt. Zugleich wuchs die Bewegung Kirche von unten. Das Politbüro der DDR sah sich gezwungen, mehreren Oppositionellen aus Leipzig kurzfristig die Ausreise in den Westen zu gewähren. Zugleich ging der Blick nach China, wo in Tibet das Kriegerrecht verhängt wurde. Von Honecker und Co. wurde gewaltsames Vorgehen gegen den sich formierenden Widerstand in der DDR nicht ausgeschlossen – egal, dass in Ungarn durch die Regierung mehr Demokratie zugelassen wurde und in Polen die Gewerkschaft der Regierung offizielle Mitbestimmungsrechte abrang.

An der Mauer kam es erneut zu einem Todesfall, obwohl auf das Opfer keine Schüsse abgefeuert wurden. In der Nacht vom 7. zum 8. März kam der 32-jährige Diplomingenieur Winfried Freudenberg aus Lüttgenrode (Harz) ums Leben. Westberliner Bürger fanden ihn morgens im Stadtteil Zehlendorf, rund zwei Kilometer Luftlinie von der ehemaligen Sektorengrenze entfernt.

Freudenberg hatte sich zuvor in mühevoller Kleinarbeit aus Gartenfolie einen Ballon zusammengeklebt, den er mit Heißluft antreiben und zur Flucht in den Westen benutzen wollte. Ihm schwebte eine Fluchtaktion vor, wie sie in 1979 zwei Ehepaaren an der thüringisch-fränkischen Grenze gelungen war. Die spektakuläre Flucht war später verfilmt und auch im Westfernsehen ausgestrahlt worden. DDR-Bürger konnten diesen Film bereits 1985 auf der ARD ansehen.

Freudenberg reiste Anfang März gemeinsam mit seiner Frau, die er unter dem Ballon mit in den Westen nehmen wollte, nach Ost-Berlin. An einer Gasversorgungsstation tankte er den Antriebsbehälter auf. Als Halt für den Flug hatte er lediglich eine etwa halbmeterlange Stange montiert, auf der man sitzen konnte. Nachdem er startklar war, bekam seine Frau Angst. Freudenberg, zumal er auch von einigen Leuten gesehen wurde, setzte sich sofort auf die Sitzstange und ließ den Ballon starten. Die zurückbleibende Frau wurde kurze Zeit später verhaftet und zu drei Jahren auf Bewährung verurteilt. Es ging mit dem Wind nach Westen.

Tatsächlich überwand Freudenberg die Grenze, doch die amateurhafte Konstruktion und die mangelnde Erfahrung im Umgang mit einem Heißluftballon wurden ihm nach Erreichen des „rettenden Ufers“ zum Verhängnis. Er stürzte mehrere hundert Meter in die Tiefe und starb. Ob er Angst hatte, zurück in die DDR getrieben zu werden und sich das Leben nahm oder ob ihm ein technischer Mangel zum Verhängnis wurde, blieb ungeklärt. Fakt ist: Abermals gab es wenige Monate vor dem Zusammenbruch der DDR ein Maueropfer. Ein Opfer, das eines zu viel war und das das SED-Regime zu verantworten hat.

Hugo Diederich

Aus den Bezirks= gruppen

Von den Rufern in der Wüste und jenen, die sich nicht kleinkriegen lassen

*Die Bezirksgruppe Leipzig gräbt ein geschichtlich interessantes
Zeitdokument aus den Aktenbeständen der Anfangszeiten aus*

der nahen Vergangenheit haben wir schon dreimal das Büro gewechselt.

Nun dachte sich unser Erster Vorsitzender Reiner Schenk, dass es doch auch interessant wäre, einmal in den alten Unterlagen zu blättern. Wer waren die Mitglieder damals, was ist aus ihnen geworden und warum gingen sie von der VOS. Die Bezirksgruppe Leipzig hatte um 1996 eine Mitgliederzahl von 490. Wo sind sie geblieben? Heute sind wir 93 an der Zahl.

Natürlich hatten wir hoch betagte Kameraden gehabt, die uns des Alters oder auch einer Krankheit wegen verlassen haben; aber mit so einer simplen Antwort wollten wir uns nicht begnügen. Im Vorstand diskutierten wir den horrenden Mitgliederschwund und eine teilweise Erklärung sagte u. a. ein Schreiben von 1996 aus. An einigen Passagen aus diesem Brief möchten wir euch teilhaben lassen und dazu anregen, über diese Thematik auch einmal nachzudenken.

Es folgt der Auszug des Schreibens eines (leider) unbekanntem und (leider) enttäuschten ehemaligen VOS-Mitglieds aus dem Jahr 1996:

Lieber Kamerad Reiner, teile hier meinen Austritt ab 01.01.1997 mit. Das ist endgültig und unwiderrufbar. Es fällt mir nicht leicht, aber ich sehe eine weitere Mitgliedschaft in der VOS als nutzlos an.

Die anfängliche Euphorie und Hoffnungsfreude innerhalb der Mitgliedschaft ist schon lange einer allgemeinen Resignation gewichen. Wir sind - soweit noch biologisch existent - für die, die in diesem Staat etwas zu sagen haben, unbequem, wenn nicht gar lästig. Auch wenn sich einige Leute vom Schlage eines Schwanitz - wohl mehr aus populistischen Gründen bezüglich der SED - für uns ins Zeug legen, kann das über das allgemeine Desinteresse gegenüber uns nicht hinwegtäuschen. Eine starke Lobby in einflussreichen Kreisen haben wir nicht (mehr). Natürlich soll wohl wieder einmal etwas über uns im Bundestag gesprochen worden sein. Was genau, weiß keiner.

Die Zeitung „Freiheitsglocke“ hat ganz entschieden an Qualität eingebüßt; darin werden nur Nebensächlichkeiten, die kaum interessieren, breitgetreten, so als gäbe es wahrhaftig nichts anderes an Wichtigkeiten, was uns angeht. Es will so scheinen, als habe man in der zentralen Leitung der VOS auch bereits das Handtuch in der Hand, um es demnächst zu werfen. Die gewiss gut gemeinten Appelle, u. a. von Klaus Schmidt in der letzten Nummer unseres „Blättchens“, mit der Überschrift „Unsere letzte Chance“ verhallen nach meinem Dafürhalten ungehört und nicht gelesen.

Um die Nachzahlung wenigstens dieser restlichen 50 DM, die uns von Stoph und Konsorten trennen und um die Anerkennung von Haftspätfolgen geht es mir schon gar nicht mehr. Wozu auch? Die wenigen, die noch von

uns am Leben sind, die von Tag zu Tag immer weniger werden, haben, falls man sich herbeilassen sollte, ganz gewiss kaum noch etwas persönlich davon. Was also soll der hochstilisierte „Kampf um Gerechtigkeit“, wir sind Rufer in der Wüste, nichts mehr und das ist wenig genug. Wir haben wenig erreicht und trotz VOS und trotz ehrlicher Bemühungen einiger, werden wir auch in Zukunft nichts weiter erreichen. Zum Gräber jäten in Buchenwald, brauche ich keine Mitgliedschaft in der VOS.

G.G.

Der Name dieses Kameraden bleibt uns vorbehalten, er war ein aktiver Kamerad im Verband und doch, warum gefallen uns heute seine Argumente von damals so wenig? Wenn wir uns alle als „Rufer in der Wüste“ gesehen hätten, dann gäbe es heute keine VOS mehr.

Zugute möchten wir dem ehemalige Kameraden halten, dass zu der Zeit viele der erwähnten Vorwürfe berechtigt gewesen sind, die wenigen „Alten“ hatten Stimmrecht und „Aufrufe“ nach weiteren Verfolgten, Betroffenen, nach Hinterbliebenen derer und mehr, sind kaum in den Medien erschienen. Eine ganze Zeit erst danach kamen auch die „Jungen“ ins Gespräch, in die Medien und zu uns - und die VOS verjüngte sich zunehmend. Wir haben gerufen, nicht „in der Wüste“ und wir wurden auch gehört. Es hat alles seine Zeit gedauert und leider kamen für nicht wenige aus unseren Reihen die Resultate zu spät. Aber viele Kameraden haben von den nimmermüden Einsätzen unserer „lautstärksten Rufer“ profitieren können und es hat sich ausgezahlt, der VOS treu zu bleiben. Auch die noch fehlenden 50 DM sind zur Nachzahlung gekommen. Unter der Führung unseres Bundesvorstandes mit Hugo Diederich und Johannes Rink wurde das Vertrauen der Mitglieder extrem gestärkt. Ihre nimmermüden Auseinandersetzungen mit Regierung, Mit- und Gegenspielern unserer VOS/BSV, mit den Landesregierungen von Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt wurden und werden hoch geschätzt und ihre Zielstellungen für die Zukunft, insbesondere jetzt für die beiden Vereine VOS/BSV kann man ohne Vorbehalte respektieren und akzeptieren.

Es wurde eine Aufstockung des Stiftung-Etats erreicht, wir hatten eine Briefmarkenaktion und - last not least - unsere Ehrenpension oder wie wir es nennen wollen.

Es gestaltete sich nach und nach eine mehr intensive Zusammenarbeit mit den Landesgruppen, den Bezirksgruppen und mit Mitgliedern und Betroffenen. Der Inhalt unseres „Blättchens“ Freiheitsglocke hat sich enorm verbessert und wird mit Interesse gelesen. Resümierend können wir, die Bezirksgruppe Leipzig, sagen - Reiner und ich gehören zu den „Alten“ - die Euphorie vom allerersten Beginn war überwältigend, in den Jahren danach ebte diese ab, aber es war niemals der Mühe nicht wert, dabei zu bleiben, mitzumachen um, wenn auch nicht mehr für uns selbst, so doch für die nach uns etwas zu erreichen.

*Rosemarie Studera, Reiner Schenk, Thilo Scheibe
Leipzig, am 25.02.2009*

Von Lenin bekämpft, von der bürgerlichen Linken idealisiert

Linksfraktion will sich Rosa Luxemburg als Ikone aufrüsten, übersieht jedoch deren radikale Intentionen

Für den 6. Februar 2009 hatte die Stadt Weimar, die zwischen 1920 und 1948 auch Hauptstadt Thüringens war, zu einem Festakt eingeladen. Es ging um den 90. Jahrestag der Gründung der 1933 so kläglich gescheiterten „Weimarer Republik“. Am 6. Februar 1919 hatten sich im „Deutschen Nationaltheater“, vor dem seit 1857 das berühmte Goethe-Schiller-Denkmal Ernst Rietschels steht, die 423 von der „Nationalversammlung“ gewählten Abgeordneten versammelt. Zwei der gewählten Reichstagsabgeordneten fehlten allerdings: Die KPD-Mitglieder Karl Liebknecht (1871-1919) und Rosa Luxemburg (1871-1919), die am 15. Januar 1919 in Berlin von der „Reichswehr“ ermordet worden waren. Dieser Märtyrertod hat dazu geführt, dass ihr Leben und Wirken in der KPD-Parteigeschichte bis zum heutigen Tag verklärt und verherrlicht wird. Im Vorfeld der Weimarer Gedenkveranstaltung, auf der der Bochumer Historiker Hans Mommsen die Festrede hielt, hatte der Jenaer Politikwissenschaftler Michael Dreyer in der „Thüringischen Landeszeitung“ eine kritische Studie über Rosa Luxemburg veröffentlicht, die heftigen Widerspruch der Linkspartei und ihres Sprechers Bodo Ramelow hervorrief. Denn die parteinahe Rosa-Luxemburg-Stiftung hatte für den Nachmittag des 6. Februar zu einem „Festakt zur Geburtsstunde unserer Demokratie“ eingeladen, den der Jenaer Professor durch seinen Artikel in einem eigenartigen Licht erscheinen ließ. Er führte nämlich beweiskräftig aus, dass die ermordete Kommunistin alles andere war als eine überzeugte Demokratin, was er mit Zitaten aus der Parteizeitung Rote Fahne von 1918 belegte. Besonders wütend musste es die Ideologen um Bodo Ramelow machen, dass Rosa Luxemburgs berühmtes Wort von der „Freiheit der Andersdenkenden“, das seit 90 Jahren immer als Ausdruck ihrer angeblich demokratischen Gesinnung zitiert wird, ganz anders gemeint war. Dieses Wort entstammt ihrer Schrift „Zur russischen Revolution“ (1922), die erst drei Jahre nach ihrem Tod erschien und von Lenin heftig bekämpft wurde. Darin kritisierte sie, dass der russische Revolutionsführer 200 Sozialrevolutionäre, die „anders dachten“ als die Bolschewisten, hatte erschießen lassen. Darüber, dass zur gleichen Zeit „Klassenfeinde“ aus dem russischen Bürgertum (Männer, Frauen und Kinder) zu Tausenden erschlagen und erschossen wurden, verlor sie kein Wort, stattdessen rief sie 1918 in der „Roten Fahne“ zur Liquidierung der Feinde des Kommunismus auf, also zur physischen Vernichtung. Ihr ging es lediglich um die „Freiheit des Denkens innerhalb der kommunistischen Bewegung ... Der andersdenkende Kommunist soll geschützt sein, der andersdenkende Klassenfeind ... soll liquidiert werden.“ (Michael Dreyer). Rosa Luxemburgs Schrift von 1922 war im SED-Staat, der seine Feinde auch erbarmungslos verfolgt und vernichtet hat, bis zur Spätzeit des Stalinisten Walter Ulbricht (1893-1973) verboten. Dann durfte sie in der Gesamtausgabe ihrer Schriften, die 1970/75 von der Ostberliner Historikerin Annelies Laschitzka herausgegeben wurden, erscheinen. Ich erinnere mich noch, dass wir im Zuchthaus Waldheim in Sachsen alle zwei Wochen mit politischer Schulung beglückt wurden und seit Sommer 1964 auch Fragen an die SED-Referenten stellen durften. Ein Mithäftling fragte nach

dem anhaltenden Verbot dieser Schrift, worauf der für Kultur zuständige Offizier der „Volkspolizei“ mit rotem Gesicht aufsprang und in den Saal schrie, diese Schrift sei „unwissenschaftlich und von Lenin widerlegt“. Wenn es danach gegangen wäre, hätte man eigentlich den ganzen Marxismus-Leninismus zum unwissenschaftlichen Aberglauben erklären müssen! *Dr. Jörg Bernhard Bilke*

Albtraum und Schande

Der wegen Schwebrechens verurteilte Frank Schmökel erhält die Opferrente

Die Meldung, dass der wegen diverser brutaler Gewaltverbrechen verurteilte und wohl auf Lebenszeit hinter Gitter gebannte Frank Schmökel die Opferrente für ehemalige politische Häftlinge aus SBZ und DDR erhält, schlug vor einigen Wochen wie eine Bombe in der Medienlandschaft ein.

Schmökels (krimineller) Werdegang liest sich in Kurzfassung so: Erstmals in 1981 tatsächlich wegen eines politischen Delikts (versuchte Republikflucht) verurteilt, sitzt der damals 19 Jahre alte Schmökel zehn Monate in der Haft. Für diese Strafe wird er auch nach der Wende rehabilitiert, er erhält Haftentschädigung und kürzlich eben jenen Berechtigungsbescheid für die Opferrente.

Doch noch während seiner Zeit in der DDR setzt Schmökels Gewaltkriminalität in voller Breite ein. Er versucht 1988 eine 13-Jährige zu vergewaltigen, wird verurteilt, jedoch fällt er 1989 unter die DDR-Amnestie und kommt frei. Was sich danach in seinem Leben abspielt, gestaltet sich zu einer Gangster-Vita, die jene des legendären US-Amerikaners Clyde Barrow („Bonnie and Clyde“) an Brutalität weit übertrifft. Einige Stationen: 1993 entführt und vergewaltigt er ein Kind. Er bekommt fünfeinhalb Jahre Haft, kommt jedoch bald schon nicht aus dem Haft-Urlaub (!) zurück, den man ihm gewährt. Als Gruß an seine *Betreuer* vergewaltigt er abermals ein Mädchen. Nachdem er gefasst ist, bekommt er neuerlich 14 Jahre. In den folgenden drei Jahren gelingt Schmökel mindestens noch dreimal die Flucht, die aber jedes Mal wieder hinter Gittern endet. Dann, in 2000, startet er jene Aktion, mit der der in Strausberg geborene Schmökel die Republik in Atem hält. Er setzt sich abermals ab, verletzt und tötet Menschen, raubt, bricht ein und hält die Polizei 13 Tage lang zum Narren, ehe er vor Erschöpfung aufgeben muss. Schmökel ist jetzt in Sicherheitsverwahrung, er wird vermutlich nie wieder in Freiheit gelangen. Aber, und darüber empören sich Medien und Bürger, ihm wurde der Anspruch auf die Opferrente, die auch als Ehrenpension bezeichnet wird, zuteil.

Man muss die Frage gar nicht stellen, ob Schmökels Leben auch nur annähernd etwas mit Ehre und Respekt gegenüber einzelnen Mitmenschen und der gesamten Gesellschaft zu tun hat. Wir alle, die wir uns an den demokratischen Werten der Gesellschaft orientieren und Gewalt verabscheuen, distanzieren uns von diesem kriminellen Potenzial. Egal, dass die meisten von uns nach der Abschiebung aus der Haft – ob in die DDR oder in den Westen – auch nicht auf Rosen gebettet waren. Und wir haben nicht Jahrzehnte für die Ehrenpension gekämpft, damit sie nun durch brutale Verbrechen besudelt wird.

B. Thonn

Todesschüsse bis auf das Gebiet von West-Berlin

Ein weiterer Vorschlag zur Umbenennung einer Straße in Strausberg

Zum Artikel „Der wohl letzte große Kampf eines 17ers“

☒ Mit großer Betroffenheit habe ich obigen Artikel des Kameraden Holzapfel auf S. 8 der FG Nr. 676 gelesen. Für mich unfassbar, was darin stand: „Strausberg hat als einzige Stadt in Deutschland den zweifelhaften Ruhm, einem Mauerschützen eine Straße zu widmen.“

Es geschah an einem Tag im Frühjahr des Jahres 1962. Damals versuchte ein 15-jähriger Jugendlicher über die Spree nach Westberlin zu fliehen. Er hatte die Sperranlagen überwunden, schwamm auf das Westberliner Ufer zu, als er von zwei Ostberliner Grenzwächtern entdeckt wurde. Sofort eröffneten beide aus ihren Kalaschnikow-MPi das Feuer. Von mehreren Geschossen getroffen, trieb der Junge auf der westlichen Seite des Flusses.

Dabei erblickten zwei diensthabende Westberliner Polizisten den schwer Verwundeten und versuchten ihm zu helfen. Sie riefen den Mauerschützen zu, das Schießen zu unterlassen, da er sich der Flüchtende bereits auf West-Berliner Gebiet der Stadt befand. Doch die Grenzposten schossen weiter und gefährdeten auch die mutigen Beamten. Letztere mussten daraufhin aus ihren Waffen zurückschießen und trafen einen der Grenzwächter tödlich. Es war besagter Peter Goering. Sein Begleiter Karl Laumer wurde verwundet. Der schwer verletzte Jugendliche konnte nun aus dem Wasser geborgen werden.

Die SED-Machthaber entfachten sogleich in ihren Medien im Verein mit den „sozialistischen Bruderstaaten“ eine infame Hetzkampagne gegen das freie Berlin. Der damalige Bundeskanzler Adenauer reiste in die Stadt. Auf einer Großkundgebung versicherte er deren Bürgern die volle Solidarität der freien Welt und prangerte die Mauer als ein Symbol kommunistischer Gewaltherrschaft an.

20 Jahre nach ihrem Fall bedeutet die Benennung dieser Straße in Strausberg nach einem Schergen jenes schändlichen Bauwerks eine unglaubliche Verhöhnung für die Opfer der deutschen Teilung.

Ich schlage deshalb die unverzügliche Umbenennung nach dem DDR-Widerständler und unbeugsamen Patrioten Michael Gartenschläger vor. Er hat mit seinem todesmutigen Einsatz das mörderische Grenzregime des SED-Staates vor aller Welt entlarvt. Man sollte einem aufrechten Bürger der Stadt endlich seine verdiente Ehre erweisen.

Im Gegenzug könnte die Hennickendorfer Chaussee weiterhin ihren Namen behalten, da bereits in Berlin eine „Straße des 17. Juni“ existiert. Dafür wäre eine Umwidmung der Bamim-Kaserne auf den Namen Heinz Grünhagen empfehlenswert. Besonders junge Soldaten brauchen bei der Verteidigung unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung würdige Vorbilder.

Mit Ausnahme von Putins Russland haben die anderen osteuropäischen Staaten uns hier viel voraus. Dort gibt es keine Verklärung der totalitären marxistischen Ideologie und ihrer blutigen Vollstrecker, dafür werden die Opfer jedoch geehrt. *Fritz Schüler*

Anm. d. Red.: In einigen Kommunen laufen auch Bemühungen, eine Straße nach Oskar Brüsewitz zu benennen.

Mut und Geschick helfen bei der Gefahren-Überwindung

Die aufregende Flucht über die ungarisch-österreichische Grenze

Schon immer spielte das „Bruderland“ der DDR, Ungarn, eine bemerkenswerte Rolle, wenn es vor der deutschen Einheit darum ging, Fluchtpläne zu verwirklichen.



Einzelpersonen, Paare, sogar ganze Familien näherten, meist unbedarft und daher erfolglos, den Grenzanlagen, die mit Verhauen, Gräben und Grenzposten gesichert waren. Die Flüchtenden waren der Meinung, dass an der ungarisch-österreichischen Grenze nicht auf sie geschossen würde und dass es weder Minen noch Selbstschussanlagen gebe. Ob das

stimmte oder nicht, blieb vielen ihnen verborgen, denn sie wurden bereits im Vorgelände aufgegriffen und fanden sich alsbald in den wenig gastlichen Zellen der ungarischen Gefängnisse wieder. Nach zwei bis drei Wochen gingen dann die „Tränen-Bomber“ mit den in Handschellen gefesselten Grenzverletzern zurück in die DDR. Erst Mitte 1989 wurde dies entscheidend anders, als Ungarn die Grenzanlagen abbaute und sich auf einmal ein Strom von DDR-Bürgern in Richtung Österreich absetzte.

1988, als Peter Tannhoff, Autor und Held des hier vorgestellten Buches gemeinsam mit seiner Freundin Claudia sein Glück bei der Überwindung der noch verbarrikierten Grenze versuchte, galten anhaltend die harten, unmenschlichen Regeln. Erfolg konnte man mit seiner Flucht nur haben, wenn man sich gründlich vorbereitet hatte, Unterstützung erfuhr und sich überaus geschickt verhielt. Vor allem musste man Ortskenntnis besitzen und gegenüber den Kontrollposten entsprechend gute Ausreden parat haben, wollte man nicht im „Tränen-Bomber“ landen.

Peter Tannhoff, der Autor von „Geflüchtet“ ist in dieser Hinsicht nahezu perfekt vorgegangen. Er und seine Freundin reisen mit dem Motorrad nach Ungarn, wo ihre Fluchtabsichten durch den Umstand begünstigt werden, dass sie ein befreundetes Ehepaar kennen, bei dem sie zunächst unterschlüpfen und die ersten Erkundungsvorstöße unternehmen können.

Dass dies trotz mitgeführter Ausrüstung wie Karte und Kompass nachher doch nicht so ungefährlich ist, stellen die beiden 22-Jährigen schnell fest. Ein Postenkommando stellt sie bei der ersten Erkundungsfahrt zur Rede, sie werden abtransportiert und erst einen Tag später freigelassen. Letzteres geschieht jedoch nur, weil die beiden in den Einzelverhören standhaft sind und sich nicht gegeneinander ausspielen lassen.

Manch anderer Flüchtling hätte nach dieser ersten bitteren Erfahrung vielleicht aufgegeben. Nicht Peter

Tannhoff, er erkundet in den nächsten Tagen (sowie Nächten) das Gelände allein, wobei er auch dabei manchen „Kratzer“ abbekommt. Dann jedoch ist er sich der sicheren Schneise gewiss. Er holt seine Freundin aus dem Quartier der ungarischen Gastgeber, und beide machen sich nachts auf den Weg. Peter hat zuvor alles akribisch vorausgeplant: die optimale Fluchtzeit, den Weg durch die Dornenbüsche, den Zeitpunkt des Postenwechsels. Beide Flüchtende tragen robuste Kleidung und haben sich die Gesichter geschwärzt.

Doch trotz der Vorbereitung wird es nachher knapp. Die Flucht, die der Autor mit hoher Spannung zu beschreiben weiß, droht im letzten Moment, da es bei der Überwindung der Drahtverhaue problematisch wird, zu scheitern. Claudia und Peter kommen in Todesangst und fast schon mit dem Gedanken an Resignation nur mit Mühe durch den Zaun, die Schüsse, die noch fallen, können ihnen aber nichts anhaben. Sie erreichen österreichisches Gebiet, und sie laufen bis zur Erschöpfung, ehe sie endlich in einem Gasthof Aufnahme finden.

Der zweite Abschnitt des Buches beschreibt die Anfangszeit in der Bundesrepublik, wohin die Geflüchteten alsbald gelangen. Peter und Claudia finden schnell Arbeit, beziehen eine Wohnung und werden relativ leicht mit den Anmeldeformalitäten fertig. Ihr Leben könnte sich nicht idealer gestalten. Peter kann sich letztlich seinen Berufswunsch, der ihm in der DDR versagt war, durch das Wohlwollen einiger Dozenten erfüllen.

Dieser Weg in eine neue Gesellschaft weicht zwar von den Erfahrungen anderer „Neu-Bundesbürger“, insbesondere ehemaliger DDR-Häftlinge, ab, wo man immer wieder von Orientierungsproblemen, Vereinsamungen, Heimweh und anderen Erscheinungen hört und liest (z. B.: Richter: „Eine Rose für die Deutschen – Elend und Glanz nach der Übersiedlung“, erschienen 1996), es unterstreicht dafür jedoch die Unterschiedlichkeit des Beginns in der westlichen Welt. Claudia und Peter sind in der Lage, die Aufgaben auf Anhieb zu meistern. Beinahe ist es schade, dass die Erzählung schließlich zu Ende ist und der Leser keine weiteren Einzelheiten erfährt. Insgesamt ein spannend verfasstes Buch, das immer wieder Ein- und Rückblicke in die Welt der DDR gibt, die inzwischen zusehends verklärt wird. Übrigens: Der Autor hat im Internet eine Web-Site eingerichtet. Unter Eingabe seines Namens wird man prompt dorthin geführt.

Nachschlagwerk zu Fragen des Benehmens im Alltag, im Büro und in Ausnahmesituationen

Ein weiteres Buch, das für jeden von uns interessant und hilfreich sein könnte, ist im gleichen Verlag wie „Geflüchtet“ erschienen. Es handelt sich um ein internationales Lexikon zu aktuellen Verhaltensstandards, das auch Kategorien wie die „Handhabung“ von Speisen oder die Kleidungsweise zu unterschiedlichen Gelegenheiten sowie ganz einfach den Umgang untereinander erläutert und regelt. Wer gibt wem zuerst die Hand, wie stellt man sich einander vor, was tut man, um Peinlichkeiten zu vermeiden.

Valerie Bosse

Zum Notieren:

Peter Tannhoff: **Geflüchtet – zu zweit in den Westen**
14.90 Euro, 124 Seiten, 3-937719-38-5

Martin H.W. Möllers **Business-Knigge**
Internationales Lexikon des guten Benehmens
19.90 EUR, 300 Seiten, ISBN 3-937719-06-7

Unermüdlich bei den Arbeitseinsätzen und Zusammenkünften

Ein Nachruf auf Horst Oehmigen

In tiefer Trauer möchten wir bekannt geben, dass unser

Horst Oehmigen

**aus Falkenhain (Landkreis Leipzig)
geboren am 28. März 1929**

plötzlich und unerwartet kurz vor seinem 80. Geburtstag am 9. Februar 2009 verstorben ist.

Mit ihm verlieren wir einen lieben und geschätzten Kameraden, der jahrelang als Zweiter Vorsitzender der VOS-Bezirksgruppe Wurzen (Kreis Leipzig) tätig war und bei den monatlichen Zusammenkünften durch seine Diskussionsbeiträge zu deren Gelingen beitrug.

Horst Oehmigen wurde mit 16 Jahren verhaftet und kam ins Gefängnis nach Wurzen, wo er dem NKWD übergeben wurde. Sein Leidensweg führte ihn bis 1948 in das NKWD-Speziallager Nr. 1 nach Mühlberg im heutigen Land Brandenburg.

Als das Lager 1948 aufgelöst wurde, wurde Horst Oehmigen nicht entlassen, sondern er musste noch bis 1950 im Speziallager Nr. 2 in Buchenwald als politischer Häftling verbleiben, ohne je verurteilt worden zu sein.

Wir danken unserem Horst für seine unermüdliche Arbeit bei den jährlichen Arbeitseinsätzen nach der friedlichen Revolution in Mühlberg/Elbe, um das Gelände, wo sich das Speziallager befand, in eine würdige Gedenkstätte umzuwandeln. Er konnte die Einweihung derselben noch miterleben.

**Wir werden Horst Oehmigen ein ehrendes Gedenken bewahren.
VOS-Bezirksgruppe Wurzen
im Bundesland Sachsen
Rolf Starke, Vorsitzender**

Haftkamerad gesucht

Gesucht wird

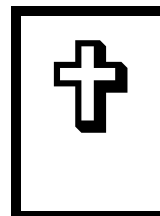
Frank Hauptmann

aus Heidenau oder Pirna im Bez. Dresden

Er war als politischer Häftling im Frühjahr 1975 mit mir im Strafvollzugskommando Riesa inhaftiert. Wir mussten beide in der gleichen Brigade im Stahlwerk Riesa arbeiten und haben uns dort kennengelernt. Im Mai desselben Jahres erfolgte sein Freikauf durch die Bundesrepublik. Sein Engagement hat am 19.11.1975 auf gleiche Weise zu meiner Freiheit beigetragen.

Angaben bitte an folgende Adresse:
Fritz Schüler, Wartbergstr. 14
74 076 Heibronn, Tel. 0713 1/645519

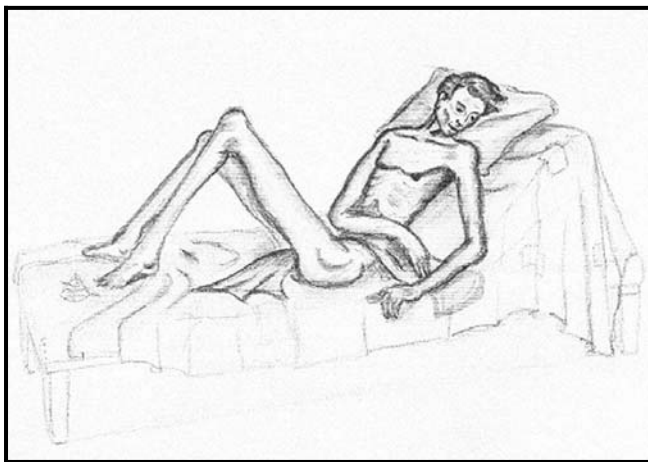
☑ Im Alter von 97 Jahren verstarb Anfang März DDR-Altbischof Schönherr. Er gehörte zu den Initiatoren der Bewegung „Kirche im Sozialismus“, gegen deren anbietende Intention sich Pfarrer wie Oskar Brüsewitz mit aller Kraft auflehnten. 1978 traf sich Schönherr zu einem Gespräch mit SED-Sekretär Erich Honecker.



Bei der Prügelorgie der Vopos quer über den Bauch geschlagen

Auch Hans Corbat, ehemals Bautzen-Häftling, erinnert sich an Siegfried Mingramm

Nachdem wir in den zwei vorausgegangenen Ausgaben der Fg über das qualvolle Sterben des jungen Siegfried Mingramm im Zuchthaus Bautzen I berichteten, rührte sich unter den überlebenden Häftlingen große Betroffenheit. Zugleich gab es persönliche Erinnerungen, wie sie uns Kamerad Hans Corbat, selbst zehn Jahre in Bautzen gefangen und im Februar 2009 mit dem Bundesverdienstorden ausgezeichnet, übermittelte. Hans Corbat sandte uns die hier abgebildete, von ihm selbst nach seiner Entlassung im Jahr 1956 angefertigte Zeichnung aus den letzten Tagen des Siegfried Mingramm.



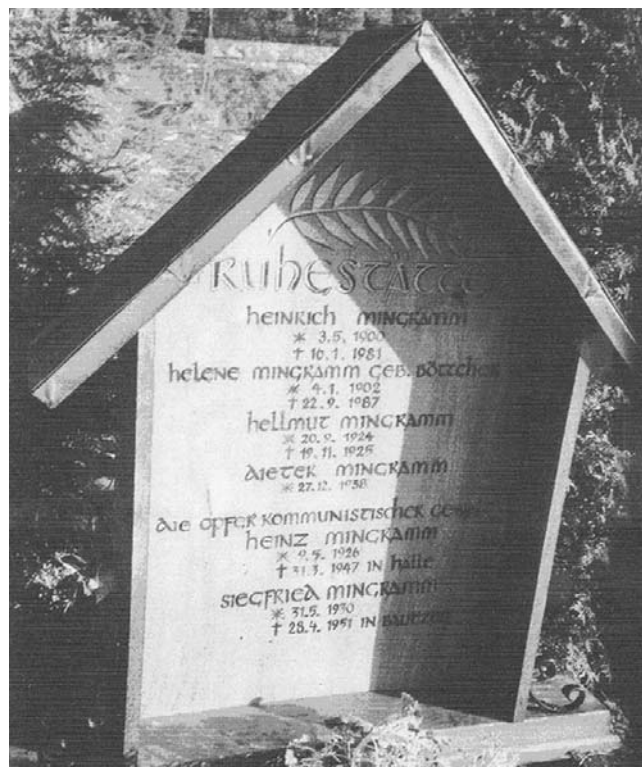
In seinem Brief an die Redaktion teilte Hans Corbat mit: *Über das Erscheinen des Artikels in der Fg habe ich mich sehr gefreut. Da ich Siegfried Mingramm, dessen ganz und gar grauenhaftes Sterben in dem Artikel sehr sachlich, wenn auch mit unbedeutenden Abweichungen im Erinnerungsbild, geschildert wird, in seinem letzten Lebensjahr auf der Zelle 17 der oberen Zellenetage des Hauses III in Bautzen betreut habe, stehe ich noch heute mit der Familie in Stolberg im Harz in Verbindung und habe auch die Rehabilitation für Siegfried und seinen hingerichteten älteren Bruder Heinz bei der Militärstaatsanwaltschaft in Moskau erwirkt. In meinem von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft herausgegebenen Buch „UNSERER ENTWICKLUNG STEHT ER FEINDSELIG GEGENÜBER“ habe ich die Zeit von unserem Kennenlernen bis zu seinem Tode in dem Kapitel SIEGFRIEDS TOD beschrieben.*

In seinem Buch (das auch vom niedersächsischen Minister Bernd Busemann bei der Verleihungsrede zum Bundesverdienstorden hervorgehoben wurde) widmet Hans Corbat dem Haftschicksal von Siegfried Mingramm ein ganzes Kapitel. Da Corbat in der Krankenabteilung eingesetzt war, kann er uns wertvolle Hinweise über die Struktur der Gebäude, aber auch über den Krankheitsverlauf der Häftlinge übermitteln und, wie im Fall des Siegfried Mingramm, die Ursache beschreiben.

Auszug: *Siegfried Mingramm habe ich in Bautzen auf der Tbc-Station im Haus 3 kennen gelernt. Wenn man vor dem Zuchthaus steht, sieht man es ganz links liegen, im alten gelben Stil. Im linken Teil des Hauses befanden sich zwei übereinander liegende Säle, in denen Kranke lagen, rechts ein zweietagiger Zellenflügel. Im ersten Stock, in der Zelle, deren Fenster direkt neben dem Mit-*

teltrakt liegen, hat sich folgende Geschichte zugetragen. Auf die Zellen wurden die Schwerkranken verlegt, also die so genannten „offenen“ Fälle. Auch Siegfried hat zunächst, nachdem bei ihm durch Röntgen-Reihenuntersuchung eine Verschattung der Lunge erkannt worden war, mit etwa zweihundert erkrankten Häftlingen auf dem oberen Saal gelegen. Dort hatte man die Möglichkeit, sich „verhältnismäßig frei“ seinen Umgang und seine Freunde auszusuchen. Siegfried Mingramm gehörte zu denen, die sich bei der Prügelorgie der Vopos auf ihr Bett gelegt hatten. Dabei wurde er quer über den Bauch geschlagen, und weil dieser angesichts der bereits geschilderten Ernährungslage nicht besonders dick war, wurde die größte Wucht dieses Schlages vom vorderen Rand des Beckenknochens aufgefangen. Aus der Schwellung, die sich daraus sofort ergab, bildete sich wenige Wochen darauf eine eitrige Wunde, die dann als Knochen-Tbc diagnostiziert wurde. Es gab keine Medikamente, die aufhalten konnten, was nun folgte. Parallel zu dem Krankheitsgeschehen im Beckenknochen wurde auch eine Lungen-Tbc aktiv. So kam es, dass Siegfried auf diesen Zellenflügel verlegt werden musste. Es war üblich, auf jeder der mit drei Mann belegten Zellen einen Leichtkranken unterzubringen, der im Hause herumgehen und für die beiden anderen Schwerkranken etwas „organisieren“ oder tauschen konnte. Im Übrigen war er dafür da, diese beiden anderen Tag und Nacht zu pflegen oder den Arzt herbeizurufen.

Bereits während der eigenen Haftzeit gelang es Hans Corbat, über seine Eltern die Eltern von Siegfried Mingramm zu verständigen, damit sie im Rahmen der geringen Möglichkeiten den Sohn unterstützen konnten.



In Stolberg im Harz befindet sich heute die Ruhestätte der Familie Mingramm. Auch die Urne von Siegfried, die sieben Jahre nach dem Tod an seine Eltern gegeben wurde, erhielt dort ihren Platz. (Foto: H. Corbat)

Ein Vorbild für überzeugtes demokratisches Denken und Handeln

Hans Corbat erhält für seine Lebensleistung den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland

Am 16. Februar dieses Jahres wurde unser verdienter Kamerad Hans Corbat für seinen Widerstand gegen das kommunistische Regime in der einstigen Sowjetischen Besatzungszone und für seine Haltung während der 10-jährigen Haftzeit, zugleich für seinen hohen Anteil an der Geschichtsaufarbeitung insbesondere bei der Aufklärung junger Menschen mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Die Verleihung des Verdienstordens erfolgte im Gästehaus der Niedersächsischen Landesregierung durch den Niedersächsischen Justizminister Bernd Busemann in einer Atmosphäre der Feierlichkeit. Die Rede des Justizministers spiegelte noch einmal die Stationen im Leben des Geehrten wider und gab einen Blick auf die vielen Verdienste von Hans Corbat frei. Lesen Sie nachstehend die wesentlichen Auszüge aus der Ansprache des Ministers.

Im Auftrag des Herrn Bundespräsidenten darf ich das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland aushändigen, und zwar an Herrn Hans Corbat, einen überzeugten Demokraten und Zeitzeugen des DDR-Unrechtregimes. Mir ist es eine Ehre, verehrter Herr Corbat, Ihnen auch im Namen der Niedersächsischen Landesregierung hohe Anerkennung auszusprechen.

Diese Ehrung wird nur Personen zuteil, die sich weit über das übliche Maß für das Wohl Anderer einsetzen. Unser Gemeinwesen braucht Persönlichkeiten, die sich freiwillig engagieren, denen nicht gleichgültig ist, was um sie herum passiert, und die ihre Stimme gegen jede Form von Ungerechtigkeit erheben. Diese Möglichkeit, überhaupt auf Missstände und Fehlentwicklungen einer Gesellschaft oder eines Staates hinweisen zu können, ist in unserer heutigen Demokratie eine Selbstverständlichkeit. Was der jüngeren Generation heute als selbstverständlich gilt, war in der ehemaligen DDR schlichtweg nicht möglich. Wir feiern in diesem Jahr den 20. Jahrestag des Mauerfalls und das damit verbundene Ende einer jahrzehntelangen Diktatur. Doch viele Menschen haben den Terror, welcher durch das Regime ausgeübt wurde, entweder vergessen, oder verdrängt. Daher ist es für eine funktionierende Demokratie unverzichtbar, dass Menschen, die das Unrecht der damaligen Zeit am eigenen Leib erfahren mussten, ihr Wissen weitergeben und vor Geschichtsklitterung eindrücklich warnen. Genau darin, lieber Herr Corbat, besteht ihr Verdienst. Sie selbst haben unter den Repressalien des autoritären Regimes der DDR leiden müssen, aber das hat Sie nicht verstummen lassen.

Durch Vorträge, Seminare und Publikationen machen Sie auf scheinbar Selbstverständliches aufmerksam.

Hans Corbat wurde im Jahr 1926 in Berlin-Lichtenberg geboren und erlebte die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs unmittelbar als Soldat. Die prägenden Ereignisse der Kriegszeit bewegten ihn nach seiner Rückkehr nach Berlin dazu, alsbald einem antifaschistischen Jugendausschuss beizutreten und sich politisch zu engagieren. Zu Beginn des Jahres 1946 intensivierte die sowjetische Besatzungsmacht nicht nur ihre Bestrebungen, die vielfältigen Jugendbewegungen zur Freien Deutschen Jugend (FDJ) zusammen zu schließen, sondern auch die SPD und die KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) zu fusionieren. Daher traten Sie, verehrter Herr Corbat, im April des gleichen Jahres aus der SPD aus, in dem Sie Ihre Austrittserklärung ans Schwarze Brett eines Jugendheims hefteten. Die Reaktion der Besatzungsmacht ließ nicht lange auf sich warten, denn Sie wurden nur wenige Tage später von der sowjetischen Geheimpolizei festgenommen und inhaftiert. Nach Monaten des physischen wie psychischen Terrors in der Haft wurde Herrn Corbat das belastende Geständnis abgerungen, dass er angeblich in Diensten des englischen Geheimdienstes stehen würde. Am 23. August 1946 wurde Hans Corbat von einem Sowjetischen Militärtribunal der Spionage und der antisowjetischen Propaganda für schuldig befunden und zu 20 Jahren Besserungslager verurteilt.

Ende November 1946 brachte man Hans Corbat in das Speziallager Nr. 4 nach Bautzen, besser bekannt als das Gelbe Elend. Der Tod war in Bautzen allgegenwärtig. Umso bemerkenswerter ist die Tatsache, dass Sie Ihren Mitgefangenen selbstlos und aufopfernd geholfen haben und sogar Strafen dafür in Kauf nahmen.

Hans Corbat jedoch überlebte und wurde am 31. März 1956 aus der Haft entlassen. Er kehrte der DDR den Rücken und wagte einen Neubeginn hier in Hannover, wo er bis zu seiner Pensionierung in der Oberfinanzdirektion arbeitete. Am 30. November 1993 wurde er schließlich durch die russische Hauptmilitärstaatsanwaltschaft rehabilitiert. Viele Menschen haben die Folgen einer solchen Haft nie verwunden können und sind daran zerbrochen. Nicht so Hans Corbat. Nach der Wiedervereinigung gehörte er zu den Gründern des Bautzen-Komitees, des Verbandes der ehemaligen Gefangenen der Bautzner Haftanstalten während der Zeit der sowjetischen Besatzung und der DDR, deren Vorsitzender er von 1995 bis 2000 war. Er war maßgeblich an der Realisierung und Umsetzung der Gedenkstätte Bautzen beteiligt und stand zudem dem Stiftungsbeirat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten als Vorsitzender fast vier Jahre vor.

Ann.: Bundesvorstand der VOS und Fg-Redakteur schließen sich den vielen guten Wünschen und hoffen auf anhaltende Aktivitäten des Geehrten.

Wir trauern um

Ernst Beyer

Klaus Ballaschke

Dieter Moll

Bezirksgruppe Dresden

Bezirksgruppe Sondershausen

Bezirksgruppe Detmold

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Erklärung: Vereinigung 17. Juni kritisiert Verhöhnung der Opfer

Gedenktafel zur Erinnerung an den Volksaufstand

cw – Die Absicht, in der Stadt Brandenburg eine (weitere) Gedenktafel zu installieren, die im Hof in der Steinstraße 61 an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 erinnern soll, wird von der Vereinigung 17. Juni ausdrücklich begrüßt. „Neben der bereits vor mehr als zwölf Jahren durch den Bund der stalinistisch Verfolgten im Eingangsbereich der Justizvollzugsanstalt in der dortigen Anton-Saefkow-Allee angebrachten Erinnerungstafel kann die zusätzliche Erinnerung an dieses wichtige Ereignis in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands und Europas dem Gedanken lebendiger Geschichtsvermittlung nur förderlich sein“, stellt der Vorsitzende der Vereinigung 17. Juni, Carl-Wolfgang Holzapfel, in einer Erklärung fest.

Die Tatsache, dass dieser Antrag von der SPD und der Partei DIE LINKE in die SVV eingebracht wurde, kann „uns nicht von einer grundsätzlich positiven Bewertung dieses Vorhabens abbringen“, so Holzapfel. Allerdings sei die Begründung für diesen Antrag „nicht nur unglücklich formuliert, sondern liegt voll neben den historischen Ansprüchen an ein solches Gedenken.“

Kein vernünftiger Mensch würde auf die Idee kommen, einen Antrag auf Erinnerung an den Aufstand im Warschauer Getto mit dem besonderen Einsatz eines SS-Offiziers (gegen die Aufständischen) zu begründen. Vielmehr habe bereits im Ansatz die Erinnerung an die Opfer des Aufstandes „unzweifelhaft“ im Mittelpunkt zu stehen. Die „hanebüchene Begründung“ des Antrages lasse ein „nach wie vor gestörtes Verhältnis zur jüngsten Geschichte“ vermuten. Es sei bedauerlich, so die Vereinigung, dass sich die SPD derartigen „kruden Erklärungen“ anschließe. So werde eine positive Absicht in ihr Gegenteil verkehrt.

Die Vereinigung fordert die Antragsteller auf, eine „glaubwürdige Begründung“ nachzureichen und damit „wenigstens nachträglich den Ansprüchen an ein ehrenvolles Gedenken an den Volksaufstand von 1953 gerecht zu werden.“

Carl-Wolfgang Holzapfel

Mitgliederversammlung

Liebe Kameradin, lieber Kamerad, das Superwahljahr 2009 ist da. Wie sich die VOS positioniert und unsere Forderungen erneut ins Gespräch bringt, wollen wir auf unserer nächsten Mitgliederversammlung besprechen.

Sie findet statt am

Sonnabend, dem 28. März 2009,

11.00 Uhr in Bielefeld.

Im Lokal „Sieker-Mitte“

Otto-Brenner-Str. 123

33607 Bielefeld, Telefon 0521 / 27469.

Als Gast unserer Mitgliederversammlung habe ich den Kameraden **Detlef von Dechend**, den neuen Landesvorsitzenden von NRW, gewonnen. Er wird uns von dem sehr erfolgreich angelaufenen Projekt „Gewalt, Verfolgung und Freiheitskampf ...“ berichten. Auf der Tagesordnung stehen ansonsten folgende Punkte:

- Gedenken unserer verstorbenen Kameraden;
- Aktivitäten der Bezirksgruppe - die VOS im Superwahljahr
- Bericht des Landesvorsitzenden;
- kameradschaftliches Beisammensein.

Im Namen des Vorstandes: Bernd Pieper

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax : 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag

von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/Fax: 030 - 2546 26 38

Montag und Donnerstag von 10.00 bis 18.00 Uhr

Dienstag und Mittwoch von 10.00 bis 17.00 Uhr

Redaktion und Satz: Alexander Richter

Redaktionsanschrift: Postfach 1202, 48 270 Emsdetten

redaktion@vos-ev.de Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen), Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag gleichzeitig Bezieher der „Freiheitsglocke“.

Beiträge:

- | | |
|--|---------|
| 1. Aufnahmegebühr | 2,60 € |
| 2. Jahresbeitrag, einschl. Freiheitsglocke | |
| - alte Bundesländer | 45,00 € |
| - neue Bundesländer | 40,00 € |
| 3. Jahresbeitrag für Ehepartner | 15,00 € |
| 4. Jahresbeitrag ABO Freiheitsglocke | 24,00 € |

Internetseiten der VOS und Links unter

www.vos-ev.de

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-ev.de

Die nächste Ausgabe (678) erscheint: April 2009.

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 677: 14. März 2009